:antifaschistische nachrichten

Nr. 22

g 3336 6.11.2008 24. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Über 5.000 beteiligten sich an Nazi-Aufmärschen

Berlin. Im dritten Quartal 2008 gab es 21 rechtsextreme Aufmärsche, an denen nach Angaben der Polizei insgesamt 5.231 Neonazis teilnahmen. Im gleichen Zeitraum fanden zudem 30 rechtsextreme Skinhead-Konzerte und neun „Liederabende“ mit insgesamt fast 4.000 Zuschauern statt. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf zwei Kleine Anfragen der Fraktion DIE LINKE zu rechtsextremen Aufmärschen und Musikveranstaltungen hervor (BT-Drs. 16/10658 und 16/10659). Der größte Nazi-Aufmarsch fand demnach in Dortmund statt. Am 6. September versammelten sich dort 1.200 Neonazis. Nur eine Woche später nahmen 1.100 Rechtsextremisten an einer NPD-Versammlung im thüringischen Altenburg teil. Den drittgrößten Aufmarsch mit 700 Teilnehmern gab es im Juli in Gera. Dazu erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion, Ulla Jelpke:

„Neonazis bleiben eine permanente Bedrohung auf unseren Straßen. Auch wenn im Vergleich zum zweiten Quartal ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist, besteht kein Anlass zur Beruhigung. Die Zahlen belegen, dass die Nazi-Szene weiterhin in der ganzen Republik mobilisierungsfähig ist – egal ob Ost oder West, ob Süd oder Nord. Das verdeutlicht eindringlich, wie notwendig ein gemeinsames Vorgehen der demokratischen Kräfte ist. DIE LINKE setzt sich konsequent dafür ein, im Parlament und auf der Straße gemeinsam mit allen Demokratinnen und Demokraten rechtsextremen und antisemitischen Provokationen entgegenzutreten – für uns eine Selbstverständlichkeit.“

Die Antworten können auf meiner Homepage herunterladen werden:

www.ulla-jelpke.de

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

Aus dem Inhalt:

Nazi-Aufmarsch zur Pogromnacht in Aachen geplant!

Aachen. Anmelder einer für den 8. November geplanten Nazi-Demonstration in Aachen ist Axel Reitz, einer der Anführer der so genannten „Freien Kräfte“ im Rheinland. Die Nazis wollen um 12.00 Uhr am Hauptbahnhof beginnen. Antifaschisten rufen zu einer Gegenaktion auf.

Reitz war in Bochum einer der Redner der „ersten antisemitischen Demonstration auf deutschem Boden“ (Selbstdarstellung der NPD). Ein weiterer Redner war der NPD-Ratsherr Kunkel aus Stolberg. Reitz hatte dort u.a. gesagt: „Es ist uns nahezu unmöglich gemacht, etwas gegen das auserwählte Völkchen Gottes zu tun. Und mit dieser arroganten Art richten sie (die Juden, d. Redaktion) sich selbst zugrunde. Und ich könnte nicht sagen, dass mir das Leid tun würde“. (Aus „Köln ganz rechts“) Reitz kann’s aber auch noch dreister: „Wir glauben, dass der Nationalsozialismus der allein seligmachende Glaube ist für unser Volk. [...]. Und wir glauben, dass dieser Herrgott uns Adolf Hitler gesandt hat, damit Deutschland für alle Ewigkeit ein Fundament werde. Heil Hitler.“ (ZDF, Frontal 21)

Es ist die Aufgabe von Leuten wie Reitz und seinen Anhängern für die unverfälschte nationalsozialistische Weltanschauung zu werben. Aus seiner Sicht dehnt er den eigenen Handlungsrahmen durch Provokation aus. ... So haben diese Leute es bereits geschafft, dass ihre Anhänger auf den Listen der NPD kandidieren konnten und in Landtagen und Kommunalparlamenten sitzen. Sie kassieren dafür viel Geld vom Steuerzahler. Auch in die Vorstände der NPD sind sie integriert worden.

Warum Aachen?

In Aachen hat sich in den letzten Jahren ein Klima entwickeln können, in dem die Nazis den Strafverfolgungsbehörden auf der Nase herumtanzen. Sie bedrohen Menschen auf offener Straße, sie werfen nachts Fensterscheiben bei politischen Gegnern ein, sie überfallen Demonstrationen oder Musikkonzerte. Diese kriminellen Handlungen bleiben für die Nazis meist folgenlos, weil die Polizei und die Staatsanwaltschaft lieber gegen Linke und Autonome ermitteln...



Reitz ist wegen Volksverhetzung, Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole und Verstoß gegen das Uniformverbot auf einer Demonstration bereits mehrfach vorbestraft. Am 9. September 2005 wurde er vom Landgericht Bochum wegen Volksverhetzung zu 21 Monaten Haft verurteilt. Im Zusammenhang mit einer Bewährungsstrafe ergab sich so eine Haftdauer von insgesamt 2 Jahren und 9 Monaten. Im April 2008 wurde Axel Reitz wegen „guter Führung“ vorzeitig entlassen. „Aus Wikipedia“

Verbot der Nazi-Demo:

Für jeden vernünftigen Menschen war klar, dass diese Nazi-Provokation verhindert werden muss. Bei aller Kritik am Polizeipräsidenten erkennen wir an, dass er jetzt ein positives Zeichen gesetzt hat, indem er die Nazi-Demo verboten hat. Wir hätten gewünscht, dass auch der Aufmarsch der Nazis in Stolberg verboten worden wäre. Deren Pogromhetze gegen Türken „Auch Türken haben Namen und Adressen – kein Vergeben, kein Vergessen“ gehört für uns nicht zu den schützenswerten Freiheitsrechten.

Reitz hat angekündigt, rechtliche Schritte gegen das Verbot einzulegen. Die deutsche Justiz hat den Nazis bislang schon oft den Weg frei gemacht. Vertrauen wir auf die eigene Stärke. Kommt alle zum **Hauptbahnhof am 8.11. um 10 Uhr**.

Nazis, die in Aachen die Pogromnacht 1938 feiern, das geht nicht, niemals!

Aus dem Flugblatt der VVN-BdA Aachen ■

„Republikaner"-Aktionstag in Köln

Köln. Etwa 50 Mitglieder der sogenannten „Republikaner" haben am 18. Oktober an einem landesweiten Aktionstag der extrem rechten Partei in Köln teilgenommen. Dabei wurden – nach eigenen Angaben – 50 000 Exemplare der „Republikaner"-Zeitung „Zeit für Protest" in verschiedenen Stadtteilen und an einem Informationsstand in der Kölner Innenstadt verteilt. Besucher einer linken kurdischen Veranstaltung, die am gleichen Tag in der Stadt stattfand, entdeckten den Stand der „Republikaner" und blockierten ihn spontan. Zum Abschluss des Aktionstages, für die „Republikaner" zugleich der Auftakt des Kommunalwahlkampfes, führten diese eine Bootsfahrt auf dem Rhein durch. In einer Pressemitteilung bekundeten die „Republikaner" die Absicht, 2009 auch in Köln zu den Kommunalwahlen kandidieren zu wollen und die angeblich so erfolgreiche Arbeit ihres örtlichen Akteurs, Dr. Jürgen Heydrich, fortführen zu wollen. Verschwiegen wird dabei, das die Partei in den letzten Jahren zahlreiche ihrer Mitglieder an die extrem rechte „Bürgerbewegung pro Köln" verloren hat und vor Ort weitgehend handlungsunfähig ist. Keine guten Voraussetzungen für einen Wahlerfolg im kommenden Jahr. *abk* ■

CDU lässt prüfen

Krefeld/Mainz. Nachdem bekannt wurde (siehe AN 21-2008), dass mehrere langjährige CDU-Mitglieder eng mit der extrem rechten deutsch-russischen Zeitschrift „Ost-West-Panorama" verbunden sind, hat der Generalsekretär der NRW-CDU, Hendrik Wüst, eine Prüfung angekündigt. „Wer eine solche Zeitschrift herausgibt, hat keinen Platz in der CDU", so Wüst. Der Krefelder CDU-Mann Heinrich Neugebauer, bislang Autor der Zeitschrift und zugleich stellvertretender Landesvorsitzender des „Bund der Vertriebenen" in NRW, wies alle Vorwürfe von sich. Für ihn sei die Angelegenheit nur ein „dummes Missverständnis". Der CDU-Kreisverband Mainz-Bingen teilte auf Anfrage der Nachrichtenagentur ddp mit, dass Heinrich Daub, Chefredakteur des „Ost-West-Panorama", seit diesem Jahr kein Mitglied der CDU mehr sei. „Wenn die CDU mich rausschmeißen will, dann soll sie das machen", äußerte Daub gegenüber dem „Tagesspiegel" und kritisierte die CDU. Die Union wende sich von allen konservativen Menschen ab. „Rechtsradikal" seien die Menschen, „die zu Gewalt neigen". Aufklärung über die Verbindung von CDU-Leuten zur extremen Rechten forderte auch die SPD in NRW. Die CDU müsse „endlich anfangen, dauerhaft Maßnahmen gegen Intoleranz und Rechtsextremismus in den eigenen Reihen zu ergreifen", so Generalsekretär Groschek. Der Verleger der Zeitschrift, Viktor Harder aus Oerlinghausen, war gleich Anfang Oktober aus der CDU gedrängt worden. *hma* ■

3. NPD-„Leistungsmarsch"

Kleve. Etwa 20 Personen haben – nach Eigenangaben – am 18. Oktober im Raum Kleve am 3. „Leistungsmarsch" der NPD teilgenommen. Unter der Schirmherrschaft des Landesverbandes wurde er diesmal vom NPD-Ortsverband Kleve ausgerichtet. Der 30 Kilometer lange „Marsch" führte von Kevelaer in Richtung Flughafen Weeze. Zu den Teilnehmern gehörten u.a. NPD-Aktivisten aus dem Raum Mönchengladbach-Heinsberg und dem Kreis Düren. *peb* ■

„Neue Rechte reloaded"

Mit „Antideutschen Kommunisten" setzt sich Holger Wendt im neuen MASCH-Skript mit dem Titel Neue Rechte reloaded" auseinander. Anhand zahlreicher Quellen weist Wendt nach, dass die Ideologie der sog. „Antideutschen", zumindest in ihren konsequentesten Ausprägungen, längst die Grenze zur extremen Rechten überschritten hat. Dennoch gelten sie als Spielart der Linken, als Teil des antifaschistischen Spektrums. Dabei gehört längst nicht jeder, der in der ein oder anderen Frage an „antideutsche" Diskurse anknüpft, deswegen gleich zur „Neuen Rechten", differenziert Wendt. In ihren extremsten Ausprägungen aber ist die „antideutsche" Ideologie mit progressiven und humanistischen Positionen nicht mehr vereinbar.

Die 36-seitige Broschüre ist zum Preis von 2,50 Euro plus Porto erhältlich bei NeueImpulse@aol. com ■

Gefängnis für Bart Debie

Belgien. Im April 2007 wurde Bart Debie wegen Körperverletzung im Dienst, Fälschung von Vernehmungsprotokollen und „übertriebener polizeilicher Gewalt" zu einer Gefängnisstrafe auf Bewährung verurteilt. Der mittlerweile aus dem Polizeidienst ausgeschiedene Debie, Politiker des rassistischen „Vlaams Belang", legte Berufung gegen das Urteil ein. In der Zwischenzeit knüpfte Debie enge Kontakte zur extrem rechten „Bürgerbewegung pro Köln". 2007 führte er seine Kölner Gäste durch Antwerpens „Problemviertel". Nun muss Debie für ein Jahr ins Gefängnis. Das islamophobe Webportal „PI-News" rief zur Solidarität mit Debie auf. Man solle doch an die belgische Botschaft in Berlin schreiben und ein „gutes Wort für ihn einlegen". *hma* ■

Rechtsextremist Rieger kauft erneut Hotel

Hannover. Über die Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ) wurde bekannt, dass der Rechtsextremist Rieger von einer Erbengemeinschaft ein Hotel in Fassberg, im Kreis Celle für 1,2 Millionen Euro gekauft hat, der Kaufpreis liegt 200 000 Euro über dem Verkehrswert. Die Zeitung berichtet: Rieger plane seit langem nach eigenen Angaben den Aufbau eines Schulungszentrums für junge Neonazis. Der Komplex umfasst ein Hotel mit Tagungsräumen sowie einen Campingplatz. Der Besitzer des Hauses hatte bereits vor zwei Jahren damit gedroht das Hotel an Rieger zu verkaufen, da aufgrund seiner Preisvorstellungen kein Investor gefunden wurde.

Nach eigenen Angaben will der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende das Hotel ganz normal weiterführen, aber auch „nationale Jugendgruppen" zum Zelten einladen oder Bundesparteitage der NPD in einem Großzelt auf dem Gelände ausrichten,.

Ob der Kaufvertrag gültig wird, ist noch unklar, da die Gemeinde Fassberg ein Vorkaufsrecht hat. Der Celler Landrat habe mitgeteilt, dass das Vorkaufsrecht jedoch nur dann ausgeübt wird, wenn es wirtschaftlich Sinn mache. Der Komplex liege abgelegen und sei völlig marode. Innenministerium und Verfassungsschutz wissen schon seit längerem von Riegers Kaufplänen.

Vor einem Jahr hatte sich die Stadt Melle bei Osnabrück mit baurechtlichen Vorschriften gegen die Nutzung eines alten Bahnhofs gewehrt, ähnliches war den Behörden mit dem Heisenhof in Dörverden bei Verden und einem Kino in Hameln gelungen, alles Objekte, die Rieger erwerben wollte bzw. erworben hatte. In Delmenhorst hatten vor zwei Jahren Bürger Spenden gesammelt, um die Stadt beim Kauf eines Hotels, das Rieger erwerben wollte, zu unterstützen.

Die Grünen im Landtag haben die Landesregierung aufgefordert, sich deutlich gegen den vom NPD-Funktionär Jürgen Rieger jetzt eingefädelten Hotelkauf zu stellen. Wenn es schon rechtlich so schwierig sei, die rechtsradikalen Immobiliengeschäfte zu unterbinden, müsse staatlich und zivilgesellschaftlich für „maximalen" Widerstand gesorgt werden, sagte der rechtspolitische Sprecher der Grünen, Helge Limburg. Er habe den Eindruck, dass Rieger sich – von Behörden in Niedersachsen ungestört – einen Spaß daraus macht, mit willkürlichen

Kaufankündigungen und -absagen allen auf der Nase herumzutanzen und die Städte zu erschrecken.

Die Gemeinde Fassberg im Kreis Celle wehrt sich gegen den Kauf des Hotels Landhaus Gerhus durch den Rechtsextremisten Jürgen Rieger. „Wir haben die Vormerkung unseres Vorkaufsrechts im Grundbuch beantragt“, sagte der Gemeindebürgermeister. Er könne sich u. a. ein Alten- und Pflegeheim auf dem Gelände vorstellen. In der Gemeinde Fassberg sei die Stimmung ganz klar gegen den Kauf von Rieger. Die will hier keiner Die Kommune lebe auch vom Tourismus, deshalb sei es nicht gut, wenn es in Fassberg einen rechtsextremistische Treffpunkt gebe.

Quelle HAZ 20.10.2008 (3), 21.10.08 (2) ■

Kassationshof entscheidet: Deutschland muss NS-Opfer entschädigen

ROM. Am 20. Oktober 2008 gab der Kassationshof in Rom (der oberste Gerichtshof Italiens) seine Entscheidung bekannt, der zufolge Deutschland italienische NS-Opfer entschädigen muss.

Das Militärgericht von La Spezia hatte im Oktober 2006 den ehemaligen SS-Angehörigen Max Milde aus Bremen in einem Strafverfahren wegen der Beteiligung an dem Massaker von Civitella zu lebenslanger Haft verurteilt. Dieses Urteil ist seit vergangenem Jahr rechtskräftig. Gleichzeitig war die Bundesrepublik Deutschland (gemeinsam mit Milde) verurteilt worden, an die Angehörigen der Ermordeten einen Entschädigungsbetrag von ca. Euro 800.000,- zu zahlen. Die deutsche Regierung legte Revision gegen die Verurteilung ein und verlor.

Hintergrund: Am 29. Juni 1944 überfiel eine deutsche SS-Einheit die Ortschaft Civitella in der Nähe von Arezzo und ermordete 207 Bewohnerinnen und Bewohner, darunter viele Frauen und Kinder. Die Überlebenden und die Angehörigen der Opfer erhielten von der Bundesrepublik niemals eine Entschädigung.

Der Kassationshof in Rom stellte mit seinem Urteil nun zum wiederholten Male klar, dass Deutschland sich dem internationalen Recht unterwerfen muss, welches seit den Nürnberger Prozessen weltweit anerkannt ist. Den Opfern nationalsozialistischer Verbrechen stehen individuelle Entschädigungsansprüche zu und sie können diese in dem Land geltend machen, in welchem sie begangen wurden. Dieser Erkenntnis verweigert sich die Bundesrepublik Deutschland.

Das Gericht schrieb der Bundesregierung nochmals ins Stammbuch, dass sie sich gegenüber Klagen in Italien nicht auf den Grundsatz der Staatenimmunität stützen könne, weil es sich um ein „Verbrechen gegen die Menschheit“ gehandelt habe. Auch der weitere falsche Einwand, Deutschland habe 1961 schon Entschädigung an Italien geleistet, wurde zurück gewiesen. Die damalige Regelung war nicht abschließend und sie betraf nicht die Opfer von Massakern.

Der Kassationshof bestätigt damit seine Entscheidungen vom Juni diesen Jahres. Jene Urteile betrafen zum einen Entschädigungsansprüche ehemaliger italienischer NS-Zwangsarbeiter und sogenannter Militärinternierter (IMIs), zum anderen die Anerkennung des griechischen Urteils im Fall Distomo, welches Deutschland ebenfalls zu Entschädigungsleistungen an die griechischen Überlebenden eines SS-Massakers verpflichtet.

Die italienischen Urteile sind ein Fortschritt im Kampf um die Entschädigung aller NS-Opfer. Sie stärken die Rechte der Individuen. Der Arbeitskreis Distomo begrüßt daher das römische Urteil. Es ist zu hoffen, dass sich diese Rechtsprechung auch in Griechenland, Slowenien und allen anderen Ländern durchsetzt, in denen NS-Opfern bis heute jegliche Entschädigung von deutscher Seite verwehrt wird. Denn Einsicht der deutschen Seite ist nicht zu erwarten.

Deutsche Medien schüren vielmehr Ängste vor einer Welle von Klagen, die auf die Bundesrepublik zukämen. Sie relativieren die NS-Verbrechen und vergessen, dass Deutschland die Rechte der Opfer jahrzehntelang missachtet hat. Jeder kleine Fortschritt musste mit politischem Druck und juristischen Schritten erkämpft werden. Freiwillig hat die Bundesrepublik Opfer von NS-Verbrechen noch nie entschädigt.

Mit juristischen Taschenspielertricks versucht Deutschland immer wieder, den Überlebenden und den Angehörigen der Ermordeten ihre legitimen Ansprüche zu verwehren.

Deutschland geht es dabei nicht um völkerrechtliche Immunität, sondern um schlichte Zahlungsverweigerung. Mit Menschenrechtsrhetorik im Gepäck interveniert Deutschland weltweit, notfalls auch militärisch. Da spielt die Souveränität anderer Staaten keine Rolle. Völkerrecht gilt nur dann, wenn es den eigenen Interessen nützt.

Deutschland hat im Zuge der Verhandlungen um die Entschädigung von NS-Zwangsarbeit erklärt, nach Abschluss dieses Projekts (Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft) nie mehr für NS-Verbrechen zahlen zu wollen. Die Zahlungen wurden zudem ausdrücklich als humanitärer Akt und nicht als rechtmäßige Entschädigung deklariert. Diese Verweigerungshaltung gilt es zu durchbrechen, mit politischen und juristischen Mitteln. Alle NS-Opfer müssen entschädigt werden!

Hamburg, den 27.10.2008
Arbeitskreis Distomo ■



Antifaschistische Kundgebung gegen Neonaziaufmarsch

Ein breites Bündnis bereitet Aktionen gegen den angekündigten Neonaziaufmarsch der „Freien Nationalisten München“ vor. Anlässlich des diesjährigen „Volkstrauertages“ haben Nazis aus dem Spektrum der „Freien Nationalisten“ und der NPD zu einem sogenannten Heldengedenken aufgerufen.
Auftakt zu den vielfältigen Gegenaktivitäten ist eine antifaschistische Kundgebung um 10.30 Uhr auf dem Marienplatz.
Weitere Infos auf der homepage „Nazigedenken demontieren“:.
http://demontage.blogsport.de/

FPÖ-ler wird Parlamentspräsident

WIEN. Am 28.10. hat das österreichische Parlament ein Mitglied einer als rechtsextrem eingestuften schlagenden Verbindung zu einem seiner Vizepräsidenten gewählt. Der Abgeordnete Martin Graf von der FPÖ erhielt bei einer Stichwahl gegen den langjährigen Parteichef der Grünen, Alexander van der Bellen, mit 109 zu 27 Stimmen eine deutliche Mehrheit. Die Abgeordneten stimmten für Graf mit der Begründung, es sei im Nationalrat „Tradition“, dass die drittstärkste Fraktion im Parlament auch den dritten Präsidenten nominieren dürfe.

Während des Wahlgangs wurden im Nationalrat Transparente entrollt, auf denen stand: „Ihr habt aus der Geschichte nichts gelernt!“ Einige Besucher protestierten mit lauten „Pfui“-Rufen.

Die Israelitische Kultusgemeinde kritisierte, die Abgeordneten hätten „im vollen Wissen über Grafs weltanschauliches Umfeld einen symbolischen Akt“ gesetzt, der zu einer „weiteren Stärkung des rechtsextremen Lagers“ führen könne. Graf weigert sich bisher, aus der umstrittenen Burschenschaft Olympia auszutreten. Die schlagende Verbindung ist vom Dokumentationsforum des österreichischen Widerstands (DÖW) als rechtsextrem eingestuft worden.

Quelle: Kölner Stadt-Anzeiger, 29.10.08 ■

Freiheit stirbt mit Sicherheit!

Demonstration am Samstag, 6.12.2008, 14 Uhr, Lautenschlagerstraße, Stuttgart

Zum 1.1.2009 soll in Baden-Württemberg ein neues Versammlungsgesetz in Kraft treten. Neue Hürden, weitere Schikanen, mehr Kontrolle und hohe Strafen sollen Versammlungen weiter erschweren. Wir werden die zusätzlichen Einschränkungen unserer Versammlungsfreiheit nicht widerstandslos akzeptieren und rufen daher zu einer Demonstration am Samstag, den 6.12.2008, in Stuttgart auf.

Neues Versammlungsgesetz soll Polizeiwillkür legalisieren

Unter dem Vorwand der „Extremismusbekämpfung“, einem antikommunistischen Propagandabegriff aus dem Kalten Krieg, will die baden-württembergische Landesregierung die Versammlungsfreiheit einschränken. Nach dem Vorbild Bayerns sollen Demonstrationen zukünftig dem Wohlwollen von Polizei und Ordnungsämtern sowie umfassender Dauerüberwachung unterliegen. Baden-Württemberg spielt, wie schon mit dem im August verabschiedeten Polizeigesetz, eine Vorreiterrolle beim Trend zum Ausbau von Repressionsorganen bei gleichzeitigem Abbau des Sozialstaats, der sich auch in bundesweiten Maßnahmen wie der Vorratsdatenspeicherung und der Überwachung von Arbeitslosen widerspiegelt.

Beim Entwurf für das neue Versammlungsgesetz handelt es sich um einen breiten Angriff auf alle gesellschaftlichen Kräfte, die dieser Entwicklung tatsächlich oder potentiell entgegenstehen; von der antifaschistischen Bewegung bis zu den Gewerkschaften. Das vorgeschobene Ziel, Nazi-Aufmärsche verhindern zu wollen, ist besonders unglaubwürdig, weil es gerade die baden-württembergische CDU regelmäßig und systematisch unterläuft, indem sie AntifaschistInnen diffamiert und zugleich rechte Übergriffe und Propaganda bagatellisiert. Auf juristischer Ebene setzen Staatsanwaltschaft und Polizei gerade in Baden-Württemberg ursprünglich gegen Nazi-Symbolik erlassene Gesetze vor allem dazu ein, AntifaschistInnen zu kriminalisieren. Zugleich verbreiten Nazis bei ihren Aufmärschen immer wieder nationalsozialistische Propaganda unter Polizeischutz.

Jetzt will die baden-württembergische Landesregierung mit ihren personellen Überschneidungen zu alten und neuen Nazis – es seien hier nur die Stichworte Filbinger und „Studienzentrum Weikersheim“ genannt – die Versammlungs- und Meinungsfreiheit einschränken. Der ideologiegetränkte Begriff „Extremismusbekämpfung“ verweist deutlich auf ihre durchsichtige Taktik, Engagement gegen Nazis vorzutäuschen und linke Bewegungen anzugreifen.

Das sogenannte Militanzverbot im neuen Versammlungsgesetz soll verhindern, dass Demonstrationen Störungen Dritter und einen „Eindruck der Gewaltbereitschaft“ hervorrufen. Hinter diesen Phrasen verbirgt sich in der Praxis, dass statt belegbarer Fakten ein vages Gefühl Dritter ausreicht, damit ein Einsatzleiter der Polizei eine ihm nicht genehme Demonstration auch gewaltsam auflösen lassen kann. Streikkundgebungen vor einem Betrieb oder Proteste gegen Nazi-Läden könnten als störend empfunden und damit verboten werden.



AnmelderInnen sollen mit dem Kooperationszwang zukünftig persönlich zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie eine Demonstration auf Aufforderung der Polizei nicht „freiwillig“ auflösen. Demo-OrdnerInnen soll die Polizei schon im Voraus namentlich überprüfen, durchleuchten und willkürlich ablehnen können. Darüber hinaus sieht der Gesetzesentwurf vor, dass die Polizei Demonstrationen und somit alle TeilnehmerInnen jederzeit und ohne konkreten Anlass auf Video aufzeichnen darf.

Beim neuen Versammlungsgesetz handelt es sich um einen Gummiparagraphen, der Polizei und Ordnungsämter Veranstaltungen überwachen und verbieten lässt, ohne dass sie dafür konkrete Gründe benötigen. Die Landesregierung beruft sich darauf, dass „erfolgreich“ erprobte Praxis eine gesetzliche Grundlage benötige. Diese Praxis besteht häufig darin, linken Protest – bislang oft widerrechtlich – mit schikanösen Auflagen zu behindern, abzufilmen und anzugreifen. Praktisch unüberwindbare formaljuristische Hürden sollen dazu führen, dass sich Demonstrationen grundsätzlich in einer Grauzone bewegen, so dass die Polizei immer einen Anlass für eine Kriminalisierung finden kann.

Wir, das Antifaschistische Aktionsbündnis Baden-Württemberg, stellen uns diesem politisch motivierten Angriff entgegen und fordern den sofortigen Stopp der Kriminalisierung linker Demonstrationen. Erst recht werden wir gegen den Versuch Widerstand leisten, weiteren polizeilichen Willkürmaßnahmen eine rechtliche Grundlage zu geben. Die Einschüchterung, die die Bedrohung von Demo-AnmelderInnen, die namentliche Erfassung von OrdnerInnen und die flächendeckende Videoüberwachung bewirken sollen, wird uns weiterhin nicht daran hindern, Nazis kompromisslos entgegenzutreten sowie soziale und antikapitalistische Forderungen auf die Straße zu tragen.

Presseerklärung des Antifaschistischen Aktionsbündnisses Baden-Württemberg vom 13.10.08 ■

A U F R U F des Netzwerkes BUNTES VOGTLAND

„Vielfalt tut gut!“

Diese Meinung teilt die NPD offenbar nicht mit uns. Sie wird am 8. November in Reichenbach mit einem Aufmarsch dagegen protestieren.

Wir rufen auf zur Kundgebung

„ ... für ein buntes Vogtland!“

Treffpunkt:
am Samstag, 8.11.2008 um 14.00 Uhr
vor dem Neuberinhaus in Reichenbach

Netzwerk BUNTES VOGTLAND

Kein Meter für die Nazis – bunt statt braun

HANNOVER. Wie in den AN Nr. 19 berichtet, wollen die „Freien Kameradschaften“ mit Unterstützung einiger Kreisverbände der NPD aus ganz Norddeutschland am 1. Mai in Hannover demonstrieren. Unmittelbar nach Bekanntwerden hat sich auf Initiative des DGB ein Bündnis gebildet, das sich über Gegenaktionen verständigt. Es gilt bei dieser Verständigung die Interessen des DGB, die traditionelle Maifeier durchzuführen, und die Interessen vieler Gruppen, die Nazis nicht in die Stadt herein zu lassen, miteinander zu verbinden.



An einem zweiten Treffen am 28. Oktober nahmen wieder über 100 Leute teil, verschiedenste Antifagruppen, die VVN, Vertreter von Parteien, u.a. der stellvertretende Bürgermeister Strauch (SPD), Grüne Jugend, Stadtteilgruppen, DIDEF, Falken, Vertreter von ver.di und IG Metall, ver.di-Jugend, Friedensbüro, Mitglieder von Kirchengemeinden und der Ev. Stadtkirchenverband, Schülergruppen. Sehr erfreulich war, dass mehr als die Hälfte der Teilnehmerinnen und Teilnehmer junge Leute waren.

Zur Vorbereitung der Sitzung hatten der DGB sowie ein Antifabündnis Aktionsvorschläge ausgearbeitet.

Unter der Überschrift „Aktion „bunt statt braun – die große Umzingelung“ schlägt der DGB vor:

„Ziel ist eine breite und massenhafte Beteiligung an einer Umzingelung der Nazis, damit der Demonstrationszug der Nazis gar nicht erst starten kann (analog den erfolgreichen Aktivitäten in Köln bei der Verhinderung des sog. Anti-Islamisierungskongresses am 20.9.2008). Das klare Signal: Keine Nazis dürfen durch Hannover laufen.

Vorgehen: Das Gelände des ZOB (Zentraler Omnibusbahnhof) lässt sich einkreisen. Rings um den ZOB werden für alle Kreuzungen Kundgebungen angemeldet. Überall dort finden die unterschiedlichsten Aktionen statt – Musik, Theater, Happenings….

Die Umzingelung wird vom DGB und möglichst vielen Gruppen, Organisationen, Initiativen, Verbänden und Parteien unterstützt und intensiv öffentlich beworben. Dazu braucht es eine Verständigung auf Aktionsformen, die es von der jungen Schülerin bis zum Gewerkschaftssenior allen Interessierten möglich macht, mit zu machen.

Die 1. Mai-Veranstaltungen des DGB

Der DGB führt seine drei Sternmärsche zum Klagesmarkt, eine anschließende einstündige Kundgebung auf dem Klagesmarkt und das 1. Maifest durch. Die Demonstrationszüge und die Kundgebung werden zeitlich nach vorne verlegt. Die Mai-Kundgebung des DGB zu einer Kundgebung gegen Nazis, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus umgestaltet.

Nach der Kundgebung startet vom Klagesmarkt eine große Demonstration unter Federführung des DGB über die Goseriede, das Steintor und die Kurt-Schumacher-Straße (die von den Nazis angemeldete Route) zum ZOB. Die Demonstration beteiligt sich an der Umzingelungsaktion und stellt einen Teil der Teilnehmer/innen. Das Maifest auf dem Klagesmarkt wird zeitgleich durchgeführt. Es bekommt einen deutlich antifaschistischen Charakter und steht als Angebot all denen offen, die ebenfalls ihren Protest gegen Nazis zum Ausdruck bringen wollen, sich aber an der Umzingelung nicht beteiligen.“

Das Konzept des Antifabündnis lautet:

1. Jede und jeder kann mitmachen
Wir wollen, dass sich möglichst viele an den Blockaden beteiligen können. Dabei setzen wir auf vielfältige Aktionsformen im Sinne unserer Massenblockade, die durchaus nebeneinander stehen können. ... und respektieren gegenseitig die Grenzen und Protestkulturen der anderen Teilnehmenden.

2. Wir sind dort, wo die Nazis sind
Wir wollen nicht fernab des Aufmarsches Demonstrationen und Kundgebungen abhalten, denn es geht uns darum, den Nazis offensiv entgegen zu treten. Unabhängig davon, wo die Nazis letztlich marschieren wollen – wir werden da sein und unsere Blockade so errichten, dass die Nazis keinen Meter weit kommen.

3. Unser Ziel ist es, den Aufmarsch erfolgreich zu verhindern.
Wir wollen verhindern, dass die Nazis von ihrem Auftaktkundgebungsort losgehen können. Wir werden nicht freiwillig gehen, denn das Ziel ist es, den Aufmarsch effektiv zu verhindern. ... Sollte die Polizei die Blockaden räumen und den Naziaufmarsch durchsetzen, wird die gesamte Aufmarschroute zur Zone für kreativen und entschlossenen Widerstand.“

In der Sitzung wurde über diese Vorschläge diskutiert. Gestritten wurde über Zeitfaktoren der Aktionen, bei den Antifagruppen bestand die Befürchtung, dass sich die DGB-Veranstaltung mit dem Naziaufmarsch zeitlich kreuzen könnte. Diese Befürchtung hat der DGB durch seinen Vorschlag widerlegt, auch wurde Kompromissbereitschaft bezüglich der noch genauer festzulegenden Zeiten signalisiert. Kritik gab es an der Formulierung Umzingelung gegenüber dem Anliegen Blockade, auch hier wurde deutlich gemacht, dass Umzingelung bedeutet, dass die Nazis gar nicht erst losgehen können. Der DGB-Vertreter vertrat deutlich, dass ein Verzicht auf die Maifeier nicht infrage komme, weil es fatal wäre, gegenüber den Nazis nachzugeben. Dies betonte auch der Vertreter der IG Metall und gleichzeitig, Aktionen finden statt, wo die Nazis sind. Der stellvertretende SPD-Bürgermeister Strauch sowie der Vertreter des Evangelischen Stadtkirchenverbandes äußerten ihre Bedenken bezüglich gewalttätiger Auseinandersetzungen und die daraus entstehenden Probleme bei der Mobilisierung ihrer Klientel. Dem setzte eine junge Frau entgegen, dass Erfahrungen in Göttingen gezeigt haben, dass auch normale Leute mit dem schwarzen Block auf die Straße gehen, aufgrund des gemeinsamen Interesses, Naziauftritte zu verhindern.

Geeinigt wurde sich zum Abschluss des Treffens auf die Punkte

- es gibt ein gemeinsames Interesse, dass die Nazis nicht durch Hannover laufen
- die Aktivitäten finden am Treffpunkt der Nazis, am Zentralen Omnibusbahnhof statt
- wenn die Nazis sich woanders treffen, wird dieser Treffpunkt Ort des Widerstands
- die Umzingelung beginnt um 11 Uhr.

Zur Vorbereitung eines Aufrufs, für das Motto und Vorschläge zur Mobilisierung hat sich ein Kreis von verschiedenen Leuten gebildet.

Wie der DGB mitgeteilt hat, wurden von den Nazis bis zu 1.000 Teilnehmer angemeldet. Auf der entsprechenden Seite der Nazis ist zu lesen: „Unser Aufkleber ist ab sofort über den Resistore-Versand erhältlich. Zukünftig werden alle Materialien, die wir im Rahmen der 1. Mai Demo 2009 in Hannover veröffentlichen über den Resistore-Versand in einer Sonderkategorie zur Verfügung stehen. Wir sind auf Eure Hilfe angewiesen! Der 1. Mai hat längst begonnen. Helft mit die Demo rechtzeitig zu bewerben, nur so können wir ein kraftvolles Zeichen gegen Verarmung, Überfremdung und Meinungsdiktatur in Deutschland setzen.“

Dass dies nicht gelingen wird, ist bereits bei dem jetzigen Stand der Vorbereitung der Gegenaktionen eindeutig. *bee* ■

Der Front National im Umbruch:

Marine Le Pen bemüht sich um Integrationsfähigkeit nach Rechts. Und bereitet sich auf die Übernahme der Parteispitze vor

Ein schweres Geschäft ist es, das Bemühen, für alle wichtigen Fraktionen und Strömungen anschlussfähig zu bleiben. Oder es zu werden. Diese Erfahrung muss Marine Le Pen, die Anwärterin auf den Chefposten beim französischen rechtsextremen Front National (FN), derzeit machen. Was tut man nicht alles dafür, Anschluss- und Anpassungsfähigkeit zu demonstrieren? Im Juni dieses Jahres musste die 40-Jährige so etwa eine „Sonnenwendfeier" bei neuheidnisch orientierten Rechtsradikalen mitmachen. „Reichlich unpassend" habe ihre Anwesenheit dort gewirkt, berichtete freilich ein Augenzeuge später der linksliberalen Tageszeitung Libération. (Vgl. ihren Artikel vom 14. Oktober 08, http://www.liberation.fr/politiques/0101124133-au-fn-marine-a-la-peine-pour-retenir-elus-et-militants) Alle ideologiepolitischen Hobbys, denen so manche „durchgeknallt" wirkende Unterströmung nachgeht, kann man eben auch nicht mögen.

Ursprünglich war Marine Le Pen eher eine Integrationsfigur der extremen Rechten gegenüber der bürgerlichen, konservativ-liberalen Öffentlichkeit. Seitdem ihr unbestreitbares Talent im Umgang mit den Medien im Frühjahr 2002 – in jenem Wahlkampf, in dessen Verlauf ihrem Vater Jean-Marie Le Pen völlig überraschend der Einzug in die Stichwahl zur französischen Präsidentschaft gelungen war – plötzlich „entdeckt" wurde, bestand ihre Rolle hauptsächlich darin, „Mäßigung" und „Modernisierung" zu demonstrieren.

Mal verärgerte sie den katholisch-fundamentalistischen Parteiflügel und seine fanatischen Abtreibungsgegner, indem sie betonte, gegen ein gesetzliches Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen einzutreten. Stattdessen mache sie sich für staatliche Maßnahmen zur „Geburtenförderung" in französischen Familien – echt französischen, also die Immigrantenfamilien nicht mitgezählt – stark. Mal wiederum verscherzte sie es sich mit den militanten Stiefelfaschisten, indem sie in einem Interview mit der Regenbogenzeitschrift VSD (im Februar 2003) befand, in diesem Spektrum habe man „ganz kleine Gehirne und olivgrüne Klamotten." Und die Nationalrevolutionäre innerhalb des, ideologisch heterogenen, rechtsextremen Spektrums mochten ihre ersten außenpolitischen Stellungnahmen mitnichten.

Marine Le Pen schien zunächst eher solche pro-amerikanischen und philosemitischen Haltungen einzunehmen, wie sie in der französischen extremen Rechten noch in den achtziger Jahren dominierten – die jedoch nach 1989 (und dem Ende des Kalten Krieges sowie der „bipolaren Weltordnung") zunehmend zugunsten einer rechtsextremen Radikalopposition gegen den „globalisierten" liberalen Kapitalismus ad acta gelegt wurden. Vom 20. bis 26. Oktober 2003 etwa weilte Marine Le Pen auf Einladung eines Frauenclubs der Republikanischen Partei der USA in New York und Washington. Mehrfach bemühte sie sich darum, mit einer Delegation des Europaparlaments nach Israel eingeladen zu werden. Dadurch unterstützte sie de facto – wenn auch implizit – eher jenen Teil der extremen Rechten, der dem konservativ-liberalen Bürgerblock am nächsten steht und potenziell Bündnissen mit ihm offensteht. Dieses Segment ist jedoch innerhalb des Front National geschrumpft, weil gerade die Wähler aus diesem Sektor ihm seit dem vergangenen Jahr tendenziell eher den Rücken gekehrt haben, und von dem Konservativen Nicolas Sarkozy erfolgreich umworben wurden.

Von wegen „moderat"…

„Gemäßigt" war gestern: Heute muss Marine Le Pen sich darum bemühen, an alle Strömungen innerhalb des rechtsextremen Konglomerats zu appellieren und ihre Positionen einzubeziehen. Jüngst wurde bekannt, dass zu ihrer Unterstützung ein neuer Fanclub unter dem Namen „Association Energie Bleu Marine" (ungefähr: Vereinigung himmelblaue Energie) gegründet worden ist. Den Vorsitz hat seit Anfang Oktober ein gewisser Robert Ottaviani inne, der bislang eher als Chef einer aus offenen Neonazis bestehenden Rockgruppe bekannt geworden war. Als Sänger der Band namens Ultime Assaut (Letzter Sturm) in den neunziger Jahren war Ottaviani im Neonazimilieu prominent, war aber zugleich Mitglied der Parteijugendorganisation FNJ (Nationale Front der Jugend). Später hatte er zeitweise der 1999 vom FN abgespaltenen Partei Bruno Mégrets, dem Mouvement National Républicain (MNR, Nationale und republikanische Bewegung), angehört. Nun hat er zur Hauptpartei der extremen Rechten, dem Front National, zurückgefunden. Aus diesem Anlass wurden Videos publik, auf denen Ottavianis frühere Band mit Filmaufnahmen der LVF (Legion der französischen Freiwilligen gegen den Bolschewismus), die ab 1941 an der Seite der SS an der Ostfront kämpfte, für sich warb.

Allen Teilen der extremen Rechten muss eben etwas geboten werden. Besonders seitdem es für Marine Le Pen allmählich nun wirklich ernst damit wird, ihren Aufstieg an die Spitze der Partei vorzubereiten. Denn ihr Vater, Jean-Marie Le Pen, der den FN seit seiner Gründung im Oktober 1972 bislang ununterbrochen als „Präsident" anführte, hat Anfang September erstmals explizit seinen Rückzug aus der aktiven Politik angekündigt. (Wir berichteten ausführlich in AN 20/2008.)

All dies bedeutet freilich nicht, dass alle Brücken zur bürgerlichen Rechten total abgebrochen seien, auch wenn eine offizielle Allianz mit konservativen und liberalen Kräften momentan schwer denkbar erscheint – abgesehen wohl von der Hypothese einer gravierenden Zuspitzung der wirtschaftlichen Krisenphänomene. Anfang September d.J., so berichtete es das rechte Wochenmagazin Valeurs actuelles, nahmen Jean-Marie Le Pen und Marine Le Pen im Pariser Invalidendom an der Beerdigung des früheren konservativen Politikers Alain Griotteray teil. Er war lange Zeit der wärmste Befürworter von Bündnissen mit dem FN in den Reihen des liberal-konservativen Parteienbündnisses UDF. Anlässlich der Beerdigungsfeier unterhielt Jean-Marie Le Pen sich „lange und ausführlich", so der Artikel des rechten Wochenmagazins, mit dem früheren Wirtschaftsminister Alain Madelin. Und dessen langjähriger Kumpan Gérard Longuet, früher Regionalpräsident in Lothringen und heute Senator, also Mitglied des parlamentarischen Oberhauses in Paris, sagte zu Marine Le Pen folgende Worte: „Bitte bestell' Deinem Vater, dass ich ihn sehr mag." Longuet ist Vizepräsident des wirtschaftsliberalen Hardlinerflügels der Regierungspartei UMP, genannt „Les Réformateurs".

Nähere Aussichten

Marine Le Pen wird, in näherer oder fernerer Zukunft, von ihrem Vater eine in der Krise steckende rechtsextreme Partei übernehmen. Aufgrund schlechter Wahlergebnisse im vergangenen Jahr steht es um die Finanzen des FN momentan sehr schlecht: Die Höhe der staatlichen Parteienfinanzierung richtet sich an den jeweils letzten Resultaten einer politischen Partei bei einer Parlamentswahl aus. Vorübergehend war der Front National in diesem Jahr sogar aufgrund seiner Überschuldung unfähig, seinen laufenden Ausgaben und Verpflichtungen nachzukommen. Dies führte zu einer Entlassungswelle unter den verbliebenen Hauptamtlichen, die jedoch den treffenden Anlass bot, um mit in Ungnade gefallenen Beschäftigten –

seien es politische Gegner der wahrscheinlichen künftigen „Chefin“ oder auch persönlichen Widersachern, wie Marine Le Pens Ex-Ehemann Eric Iorio – abzurechnen und sie ohne Umstände zu feuern. Innerparteiliche Kritiker bemängeln gar eine Säuberungswelle… In absehbarer Zeit wird sich die finanzielle Lage jedoch wieder erheblich aufbessern, da der FN dabei ist, seinen früheren Parteisitz im Pariser Nobelvorort Saint-Cloud – der bei schrumpfendem Personal ohnehin zu groß geworden ist – zu verkaufen. An ihm ist eine chinesische Universität aus Schanghai als mutmaßliche Käuferin interessiert. Schon im Frühsommer 2008 zog der FN in kleinere Räumlichkeiten in der, weniger noblen, Vorstadt Nanterre um. Auch wenn dort relativ massive Gegendemonstrationen gegen seine Ankunft stattfanden, kam ihm der Umzug zupass, konnte er doch dadurch erhebliche Ausgaben sparen.

Auch auf politischer Ebene dürfte sich der Front National, trotz schwerer innerparteilicher Krise, künftig „erholen“. Diese Krise hängt mit offenen strategischen Fragen – Annäherung an konservative Kräfte oder sozialdemagogisch unterfütterte „Fundamentalopposition“?, reine Orientierung auf weiße Mittelklassen oder (implizite) Bündnisse auch mit Rassisten und Antisemiten in „ethnischen Minderheiten“? – zusammen, sowie mit der (zumindest offiziell) noch ungelösten Nachfolgeproblematik. Darauf wird es so schnell freilich keine „definitive“ Antwort geben. Aber, ein wichtiger Faktor für den FN!, die beiden wichtigsten unter seinen „Spaltprodukten“ (also von ihm abgespalteten Gruppierungen) stehen ihrerseits inzwischen am Abgrund. Und scheinen mittelfristig sogar in ihrer Existenz bedroht.

Denn der MNR unter dem früheren Chefideologen Jean-Marie Le Pens, Bruno Mégret, hat erst im September 08 einen Großteil der bisherigen Parteiführung wegen „Verrats“ abgesetzt. Eine Mehrheit unter den vormaligen Führungsmitgliedern war in Verhandlungen mit der Umgebung Marine Le Pens über eine (Wieder-)Annäherung an die frühere „Mutterpartei“ verwickelt. Auf die Dauer dürfte die Mégret-Partei sich spalten: Ein Teil wird, mit der von Ex-Generalsekretär Nicolas Bay angeführten Plattform Convergences nationales (Konvergierende nationale Kräfte), an die Seite Marine Le Pens rücken. Ein anderer Flügel wird immer näher mit der stiefelfaschistischen, außerparlamentarischen Aktivistengruppe des Bloc identitaire zusammenarbeiten.

Auch die Sammelbewegung NDP („Neue Rechte der kleinen Leute“), die erst am 1. Juni dieses Jahres gegründet worden war, hat sich an der Spitze bereits wieder gespalten. Aufgrund gravierender ideologischer Divergenzen schloss sie ihren bisherigen Generalsekretär Jean-François Touzé, der den Positionen der US-Republikaner oder ihnen ähnlichen Standpunkten anhängt, im September aus. (Vgl. AN 20/2008).

Derzeit sieht es so aus, als friste sie vorläufig ein Schattendasein ähnlich dem der Sammelbewegung, die 1990/91 aus der damaligen Krise der deutschen „Republikaner“ (REPs) hervorging und ehemalige REPs sowie frühere NPD-Kader zusammenführte. Es handelte sich um die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“, die eine neue Sammlung hätte einläuten sollen. Sie kam jedoch nie über ein Splittergruppendasein hinaus – jedenfalls außerhalb Kölns, wo ihre Ortsgruppe Jahre später in der (inzwischen prominenten) „Bürgerbewegung Pro Köln“ aufging. Auch Letztere ist eher ein Looserverein, aber dies ist ein anderes Kapitel...

In der kommenden Ausgabe der AN folgt ein Artikel über die Umgestaltung der rechtsextremen Presselandschaft. Oder: Wie die neue, im 14-tägigen Rhythmus erscheinende Zeitung ‚Flash‘ unter Alain Soral die rechtsradikale Presse verändert...

Bernhard Schmid, Paris ■

„Dissidenten“ beim FN: Konkurrierende rechtsextreme Listen in allen Regionen?

Ein ziemliches Chaos hat bei der selbsternannten „Partei der Ordnung“ Einzug gehalten. Während die politischen Parteien allmählich mit der Vorbereitung der kommenden Europaparlamentswahlen im Juni 2009 beginnen, ist der rechtsextreme Front National nicht wirklich „in Marschordnung“ aufgestellt.

Voraussichtlich wird es sogar „in allen Wahlregionen“ konkurrierende Listen zu denen des FN, innerhalb des rechtsextremen Spektrums, geben. Dies kündigte einer der derzeitigen Vizepräsidenten der Partei, ihr „Steuerpolitiker“ Jean-Claude Martinez, an. Martinez, der seine regionale Basis in Montpellier hat und zugleich Steuerrecht an der Universität Paris-2 (Assas) unterrichtet, wird als Spitzenkandidat einer eigenen Liste in der Südwest-Region gegen jene des FN antreten. Dies war am 30. Oktober der konservativen Tageszeitung ‚Le Figaro' zu entnehmen. Die durch Martinez angeführte Liste wird demnach „Haus des Lebens und der Freiheit“(Maison de la vie et de la liberté) heißen, unter entfernter Anlehnung an einen durch die italienische Rechte in jüngerer Zeit benutzten Listennamen. Die „Stammpartei“, der Rumpf-FN, wird in Südwestfrankreich bei der EP-Wahl voraussichtlich durch ihren jungen Generalsekretär Louis Aliot als Spitzenkandidat vertreten werden. Er steht hinter Marine Le Pen. Der „Abweichler“ Jean-Claude Martinez seinerseits gibt den Aufstieg der „Cheftochter“, gegen den er opponiert, als Grund für seinen Alleingang an.

Am 31. Oktober war einer Kurzmeldung der Wirtschaftszeitung ‚Les Echos' zu entnehmen, Martinez wolle nun „in allen Regionen“ solche „Dissidenten-Listen“ aufstellen. Bei den Europaparlamentswahlen wird Frankreich in acht Super-Wahlkreise eingeteilt. (Aufgrund einer Wahlrechtsreform von 2003/04 firmiert es bei der EP-Wahl nicht mehr, wie früher, als einheitlicher Wahlkreis mit Fünf-Prozent-Hürde. Das Motiv der Regierung für die Änderung war, die Erfordernisse für den Einzug kleinerer Parteien in die Höhe zu schrauben: Waren früher landesweit 5 Prozent der Stimmen erforderlich, so wird jetzt der Prozentsatz benötigt, der einem Sitz entspricht. Wenn eine „Superregion“ aber nur insgesamt 8 Sitze erhält, dann ist eben mindestens ein Achtel der Stimmen erforderlich.) – Ende Oktober hat der FN nun auch seine ersten Spitzenkandidaten für bisher vier „Superwahlkreis“ ernannt. Jean-Marie Le Pen wird in Südostfrankreich antreten, seine Tochter Marine Le Pen in der Nordwest-Region, Bruno Gollnisch im Raum rund um Lyon. Voraussichtlich wird ferner der Ex-Linke und pseudointellektuelle Provokateur Alain Soral die Spitzenkandidatur in der Hauptstadtregion Ile-de-France erhalten.

Die Präsenz von „Dissidenten-Listen“ könnte sich u.U. auf vorhandene regionale Unzufriedenheiten innerhalb des FN gegenüber der Pariser Parteiführung stützen. Zu einer Zeit, wo das innerorganisatorische „Parteileben“ weitgehend ausgetrocknet ist – durch die persönlichen Allmachts-Ansprüche des alternden Jean-Marie Le Pen, sowie aufgrund der anhaltenden Querelen –, kommt es immer wieder zu Reibereien und zum Aufmucken regionaler Kader. Jüngst schufen unzufriedene Parteifunktionäre in der südostfranzösischen Region PACA (Provence-Alpes-Côte d'Azur) deswegen einen eingetragenen Verein unter dem Titel „front régional“. Die militant-neofaschistische Webpage „Novopress“ (und andere Quellen) veröffentlichte(n) den Gründungsaufruf vom 24. Oktober, den vier langjährige lokale Prominente des FN unterschrieben haben. Es handelt sich um Guy Macary (ehemals Spitzenkandidat bei der Regionalparlamentswahl 2004), Ronald Perdomo, Philippe Beauregard und Michelle Carayon. In ihrem Aufruf werfen sie der Parteiführung u.a. eine völlige Vernachlässigung der örtlichen Basis vor. Jean-Marie Le Pen antwortete ihnen aggressiv: Er verlangte von den „Renegaten“ die sofortige „Auflösung dieser Phantomorganisation“. Ansonsten drohe ihnen eine Vorladung vor die Disziplinarkommission der Partei, um sie wegen Verstobes gegen die Parteidisziplin zur Rechenschaft zu ziehen. (Vgl. http://www.lejdd. fr/cmc/politique/200844/le-pen-flingue-le-front-regional_160500.html).

BhS, Paris ■

Stolpersteine für zwei Tschechen in München

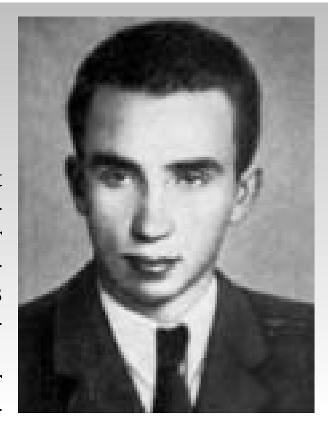
In dem ehemaligen „Führerbau“ Hitlers am Königsplatz – heute befindet sich darin die Hochschule für Musik und Theater – wurde am 29. September 1938 das sog. Münchner Abkommen unterzeichnet. Es beraubte die Tschechoslowakische Republik eines Drittels ihres Territoriums sowie des Großteils ihrer Industrieanlagen und Rohstoffvorkommen und ihrer gesamten Verteidigungsanlagen. Der Weg zur vollständigen Zerschlagung und Unterwerfung der Tschechoslowakei durch das faschistische Deutschland wenige Monate später war damit frei, ein weiterer entscheidender Schritt in den Zweiten Weltkrieg getan.

Auch wenn sich die Hochschulleitung um ein nüchternes Verhältnis zu der Historie des Gebäudes bemüht, kann sich der Besucher kaum der marmorschweren Atmosphäre des Ortes entziehen.

Einen Gegenpol dazu bildet die künstlerische Installation in der Eingangshalle. 21 Stolpersteine hat Peter Weismann dort provisorisch verlegt, darunter diejenigen für Siegfried und Paula Jordan, die die Stadt München 2005 nach ihrer Verlegung durch den Künstler Günter Demnig vor dem Wohnhaus der Familie in der Mauerkircher Straße wieder herausreißen ließ. Fotos zeigen die Häuser, in denen die Opfer wohnten, an die mit den Stolpersteinen erinnert werden soll.

Am 11. Oktober informierte Frau Brigitte Schuchard vom Vorstand der Stolpersteininitiative München an diesem Ort die Teilnehmer/innen des „Deutsch-Tschechischen Wochenendes für gute Nachbarschaft“ über das Projekt Stolpersteine, die Situation in München und die Tätigkeit der Initiative. Im Namen der Redaktion der Deutsch-Tschechischen Nachrichten und der tschechischen und deutschen Teilnehmer des Wochenendes übergab Renate Hennecke den Vertreterinnen der Stolpersteininitiative Informationen über die tschechischen Antifaschisten Gebhard Jiru und Karel Mervart mit der Bitte, zwei Stolpersteine für sie bei Günter Demnig in Auftrag zu geben. Veranstalter des Wochenendes war der Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung/Die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Bayern in Zusammenarbeit mit der tschechischen Gesellschaft für europäischen Dialog (SPED) und der Redaktion der Deutsch-Tschechischen Nachrichten. Unterstützt wurde die Veranstaltung zum 70. Jahrestag des Münchner Abkommens vom Landesverband Bayern der VVN-BdA und von der Stadträtin Brigitte Wolf (Die Linke) im Rahmen des Projektes „München gegen das Münchner Diktat“. *Renate Hennecke* ■

Karel Svatopluk Mervart 12.7.1918 – 15.1.1945



Karel Svatopluk Mervart wurde am 12.7.1918 in Petrograd geboren. Sein Vater war Leutnant eines tschechischen Regiments, das im 1. Weltkrieg auf russischer Seite gekämpft hatte.

Nach der Gründung der CSR ging die Familie zurück nach Prag. Karel besuchte das russische Gymnasium in Prag, sprach sehr gut russisch, tschechisch und deutsch.

Als die CSR am 15.3.1939 von deutschen Truppen besetzt wird, ist Karel 20 Jahre alt und studiert an der Technischen Hochschule in Prag. Am 28. Oktober 1939, dem Jahrestag der Staatsgründung, demonstrieren tschechische Studenten am Wenzelsplatz durch feierliche Kleidung und Bänder in den tschechischen Farben am Revers für die Unabhängigkeit. 15 Teilnehmer werden von deutschen „Ordnungskräften“ verletzt, der Medizinstudent Jan Opletal erliegt im November seinen Verletzungen. Bei dem (erlaubten) Trauermarsch für ihn, an dem 3000 Studenten teilnehmen, beginnt man nach einiger Zeit, die tschechoslowakische Nationalhymne und patriotische Lieder zu singen. Die „Ordnungspolizei“ greift ein, es kommt zu Tumulten.

Neun Studentenführer werden am 16. November verhaftet und ohne Gerichtsverfahren noch am selben Tag erschossen. In der Nacht zum 17. November werden 1.200 Studenten in ihren Wohnheimen aus ihren Betten gezerrt, in ein Prager Gefängnis und von dort in das Konzentrationslager Sachsenhausen verschleppt. Die tschechischen Hochschulen werden geschlossen.

Karel Mervart arbeitet eine Zeitlang als Telegrafist bei der Verwaltung der Böhmisch-Mährischen Eisenbahn. Irgendwann kommt er nach Berlin zu der Firma Leicher Chemische Gravuren – wahrscheinlich im Rahmen des „Totaleinsatzes“ (tschechische Bezeichnung für die Zwangsrekrutierung von Arbeitskräften im Protektorat). Ab Februar 1943 arbeitet er als Chemielaborant und Dolmetscher bei der Leicher-Filiale in München. Ab dem 9.2.1943 ist er in der Irschenhauserstr. 19 (bei Fritz Leicher, dem Firmeninhaber) gemeldet, ab 31.3.1943 hat er eine eigene Wohnung in der Johann-Houis-Str. 34 (bei Fischer).

Mervart versucht, in die Schweiz und von dort nach England zu gelangen, um sich der tschechoslowakischen Auslandsarmee anzuschließen. In der Nähe der Grenze wird er verhaftet und ins Bregenzer Gefängnis gebracht. Er kann die Ermittler aber davon überzeugen, dass er sich nur bei einem Ausflug verlaufen habe, und wird freigelassen.

Im August 1943 wird Mervart Mitglied einer Organisation, die einige Monate zuvor im Kriegsgefangenenlager an der Münchner Schwanseestraße von sowjetischen Offizieren gegründet worden ist. Sie heißt „Brüderliche Zusammenarbeit der Kriegsgefangenen“ (Bratskoje Sotrudnitschestwo Wojennopleniich – BSW), organisiert außer Kriegsgefangenen vor allem Zwangsarbeiter und hat folgende Ziele:

- Sabotage in der deutschen Rüstungs- und sonstigen Kriegswirtschaft
- Zersetzung der faschistischen Wehrkraft
- Vorbereitung eines bewaffneten Aufstands in Zusammenarbeit mit deutschen Antifaschisten
- Kampf gegen Rekrutierung von Gefangenen und Zwangsarbeitern in die Wlassow-Armee und andere Kollaborationsarmeen.

Innerhalb weniger Monate gelingt es, ein umfangreiches Kontaktnetz und konspirative Organisationsstrukturen aufzubauen. Sehr bald sind in mehr als 20 „Ostarbeiterlagern“ in München und Umgebung BSW-Zellen aktiv. Klebezettel und Flugblätter werden verbreitet, Waffenlager angelegt und Sabotageakte durchgeführt. So wird z.B. ein Güterzug mit Frontnachschub zum Entgleisen gebracht und während eines Bombenangriffs Feuer im Warenlager von Krauss-Maffei gelegt. Auch gelingt es, in der Gießerei von Krauss-Maffei eine Pedal-Signalanlage zu konstruieren, bei deren Betätigung am Fabrikschornstein eine Lampe aufflammt; deren Signale helfen den alliierten Fliegerverbänden im Sommer 1943, die Gießerei des Werkes, in der sich die Gußformen für Abgüsse von Panzerteilen befinden, bis auf die Grundmauern zu zerstören.[1]

Karel Mervart kann durch seine Sprachkenntnisse und seinen Mut viel zur raschen Ausbreitung der BSW auf zahlreiche Kriegsfangenen- und Zwangsarbeiterlager in und um München beitragen. Besonders kümmert er sich um die Organisierung der tschechischen Zwangsarbeiter. Bald stellt er auch überregionale Kontakte her. So unternimmt er mehrere Reisen nach Wien, Innsbruck und Prag, wodurch sogar eine Verbindung zu den jugoslawi-

schen Partisanen hergestellt werden kann. Um reisen zu können, stiehlt er bei der Firma Leicher Urlaubsscheine und schreibt sie auf sich selbst aus.

Außerdem wird er Dolmetscher und Kontaktmann zu der deutschen Widerstandsorganisation Antinazistische Deutsche Volksfront (ADV). Mit Emma und Hans Hutzelmann und anderen ADV-Mitgliedern hört Mervart in deren Wohnung in der Margaretenstraße 18 (Sendling) ausländische Sender ab, um Informationen über die Kriegslage zu gewinnen.

Die Tätigkeit der BSW entwickelt sich in atemberaubendem Tempo. Aber die zweite Front, deren Unterstützung das eigentliche Ziel ist und ohne die die BSW keine Chance hat, sich längere Zeit zu halten, wird und wird nicht eröffnet. So bleibt es nicht aus, dass die Gestapo irgendwann die Spur der Organisation aufnimmt.

Ab November 1943 kommt es zu Verhaftungen. Am 5. Januar 1944 werden zahlreiche Kämpfer der ADV, am 15. Januar 1944 Karel Mervart gefasst. Bei einem Bombenangriff auf München in der Nacht zum 25. April 1944 wird das Wittelsbacher Palais getroffen, die Akten zum Ermittlungskomplex BSW verbrennen. Das Verfahren verzögert sich, muss neu aufgerollt werden (auch die Folterungen bei den Verhören werden wiederholt).

Am 4. September 1944 werden in Dachau 92 sowjetische Offiziere aus der Leitung der BSW erschossen. In Mauthausen sterben im Herbst 1944 weitere 50. In Flossenbürg werden 49 BSW-Kämpfer umgebracht, „russische kriegsgefangene Offiziere aus München, die in einem großen Werk gearbeitet und dessen Sprengung vorbereitet hatten“.[2] Für Hunderte weitere Kämpfer kommt die zweite Front, die im Juni 1944 endlich eröffnet worden ist, zu spät.

Nach der Ermordung der sowjetischen BSW-ler ohne Gerichtsverfahren werden vor dem Volksgerichtshof Hochverratsprozesse gegen die Deutschen und die Tschechoslowaken eingeleitet. Zu der Gruppe der Hauptangeklagten gehört Karel Mervart. Am 15. Januar 1945 stirbt er, zusammen mit Hans Hutzelmann und Rupert Huber von der ADV, im Zuchthaus Brandenburg unter dem Fallbeil.

Am 14. Januar 1947 würdigt die Süddeutsche Zeitung die Hingerichteten und ihre Mitkämpfer:

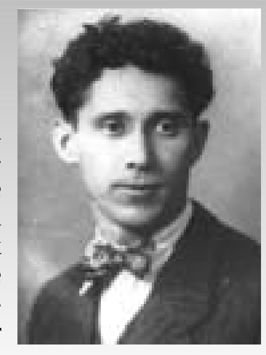
„Die Entschlossenheit der ADV und BSW, Gewalt gegen Gewalt zu setzen, hebt sie weit über die meisten deutschen Widerstandsgruppen hinaus. Die mutigen Vorbereitungen scheiterten aber kurz vor der Aktion, die Deutschland, Europa und die Welt in Erstaunen versetzt hätte.“[3]

1 J.A. Brodski, Die Lebenden kämpfen – Die Organisation Brüderliche Zusammenarbeit der Kriegsgefangenen (BSW), Berlin 1968, S. 206

2 A.a.O., S. 239

3 Zitiert nach J.A. Brodski, Im Kampf gegen den Faschismus, Berlin 1975, S. 611

Gebhard Jiru 20.12.1908 – 26.4.1945



Gebhard Bruno Jiru stammte aus einer tschechischen Familie, die „heimatzuständig nach Hennersdorf, Bezirk Deutsch-Gabel“ war, wie es in seinen Meldeunterlagen aus dem Münchner Stadtarchiv heißt. Seine Eltern, der Schreiner Julius Jiru und seine Frau Kreszenz, geborene Zimmermann, waren aber schon vor der Gründung der Tschechoslowakischen Republik nach Österreich gegangen, wie so viele tschechische Familien Ende des 19. /Anfang des 20. Jahrhunderts. Gebhard wurde am 20. Dezember 1908 in Bregenz geboren. 1915, mitten im Ersten Weltkrieg, zog die Familie nach München in die Schleißheimer Straße 20, Rückgebäude (Nähe Stiglmaier-Platz). Nicht lange danach starb der Vater, und die Mutter heiratete 1929 den Maurer Josef Heilmeier, der in einem Seitengebäude desselben Anwesens wohnte. Mit seiner Mutter zog auch der 21-jährige Gebhard in dessen Wohnung.

Der junge Polierer und Beizer war ein Jahr zuvor (1928) in den Bezirksvorstand Südbayern des Kommunistischen Jugendverbandes (KJVD) gewählt worden, gleichzeitig mit Franz Xaver Schwarzmüller, von dem wir wissen, dass er 1933 an der Herstellung von illegalen Zeitungen der KPD in der Bibliothek des Priesterhauses der Asamkirche beteiligt war.

Der Schriftsteller Alfred Andersch, damals Organisationsleiter des KJVD für München, beschrieb Jiru mit den Worten: „ein kleiner Tscheche, aber so bayerisch sprechend wie wir alle, glänzend geschult, schwarz, durchtrieben und lustig, war der politische Leiter des Jugendverbandes“. In seinem Roman „Kirschen der Freiheit“ schildert er, wie Jiru kurz vor der Machtübergabe an die Nazis eine sog. Stoßdemonstration organisierte:

„Wir verständigten flüsternd alle Jungens und die zwei oder drei Mädchen. Auf ein Zeichen rannten wir auf die Straße, formierten uns in Dreierreihen und marschierten durch ein paar Vorstadtstraßen. Wir trugen die rote Fahne mit uns und riefen Parolen wie: ‚Arbeiter, kämpft gegen die Notverordnungen!‘, ‚Hinein in die KPD, die Partei der Arbeiterklasse!‘ und ‚Nieder mit den Hitlerfaschisten!‘ Nach ungefähr zehn Minuten hörten wir in der Ferne das Heulen der Überfallkommandos und stoben auseinander.“ Die Taktik bestand darin, sich kurz darauf an einem anderen Ort wieder zu formieren, so lange bis die Polizei auch dort aufkreuzte usw.

Über die Tätigkeit junger Kommunisten in den ersten Monaten der NS-Herrschaft heißt es in dem Buch „Bayern in der NS-Zeit“ von Hartmut Mehringer: „Die Initiativgruppe kommunistischer Jugendfunktionäre, die im Frühjahr 1933 die propagandistische Arbeit illegal fortzuführen und die Reste der durch die Polizei zerschlagenen Organisation zu sammeln versuchte, bestand zunächst aus den Brüdern Ernst und Albert Lörcher, Gebhard Jiru und dem aus Hamburg stammenden Studenten Franz Ahrens.“

Wie Mehringer weiter erläutert, „bestand das Hauptziel dieser Initiativgruppe zunächst in der Sicherung des Weitererscheinens ihrer Zeitung, nämlich des KJV-Organs Die Junge Garde. Im Mai 1933 war noch eine illegale Nummer der Jungen Garde erschienen, die zentral in Berlin im Zeitungsdruck hergestellt und in ganz Deutschland verbreitet worden war. Die weiteren Nummern der Jungen Garde, die in München und Südbayern im Sommer und Herbst 1933 erschienen, waren in bekannter Art auf der Schreibmaschine geschrieben und mittels Handabziehverfahren hergestellt. Ab Ende 1933 wurde die Junge Garde hingegen aus der Tschechoslowakei bezogen.

„Die Gruppe um die Gebrüder Lörcher hatte sich einen gewissermaßen ‚legalen‘ Stützpunkt im Lesesaal des Arbeitsamtes in München [damals noch in der Thalkirchner Straße] eingerichtet, wo die Möglichkeit bestand, sich unauffällig zu treffen, zu diskutieren und vor allem aus den Meldungen und Kommentaren der damals in Deutschland noch erhältlichen ausländischen Zeitungen Informationen und Nachrichten zusammenzutragen, die in den Artikeln der Jungen Garde verarbeitet wurden.“ Getippt und gedruckt wurde mit Schreibmaschine und Abziehapparat in einem Zelt unter einer Isarbrücke in der Pupplinger Au.

Ob es tatsächlich Gebhard Jiru war, mit dem sich die Gebrüder Lörcher und Franz Xaver Ahrens im Lesesaal des Arbeitsamtes trafen, ist fraglich. Laut Meldeunterlagen wurde Jiru bereits am 6. April 1933 verhaftet und „ins Konz. Lager Dachau verbracht“. Den Unterlagen der KZ-Gedenkstätte Dachau zufolge kam er allerdings erst am 25.4. dort an, vermerkt ist „Zugang von München-Stadelheim“.

Albert Lörcher selbst hat der Darstellung Mehringers, er habe noch im Frühjahr und Sommer 1933 mit Gebhard Jiru zusammen die Junge Garde hergestellt, später im Gespräch mit der Geschichtswerkstatt Neuhausen widersprochen: Nach der Teilnahme an einer der oben geschilderten Stoßdemonstrationen Ende 1931 habe er „ihn erst 1937, nach Gefängnis und KZ Dachau, wiedergesehen. Er erzählte mir von einer KdF-Gymnastikgruppe, mit der sie zusammenkamen. Wir trafen uns dann regelmäßig in dieser Gymnastikgruppe. Es waren alles zuverlässige Gegner der Nazis. … Wir machten auch einige Ausflüge. Von einem dieser Ausflü-

ge an den Hackensee b. Holzkirchen existiert noch eine Aufnahme mit Gebhard, die jetzt in der Zeitschrift ‚Geschichte quer‘ veröffentlicht wurde. Das lief eine Zeitlang ganz gut. Eines Abends sagte Gebhard zu mir: ‚Wir dürfen uns ab sofort nicht mehr treffen.‘ Die Gestapo hatte ihn wieder in die Mangel genommen und ihm gedroht, ihn wieder ins KZ Dachau zu bringen. Gebhard Jiru mußte unterschreiben. Er wurde von nun an als V-Mann geführt und ein Gestapo-Mann fragte ihn in Abständen über seine Freunde und Bekannten aus. Jiru hat die Gestapo offensichtlich enttäuscht, denn er kam wieder in das KZ Dachau …“

Jiru wurde mehrmals nach Dachau „verbracht“ – wann genau er verhaftet und wann entlassen wurde, ist nicht genau nachvollziehbar. Für die Zeiten dazwischen galten wohl die Eintragungen auf seinem polizeilichen Meldebogen: handschriftlich ist da eine undatierte „Sichtvermerksperre auf Anordnung der Stapoleitstelle München“ vermerkt, und mit Bleistift in zackiger „deutscher“ Schrift der Befehl: „Jeder Wohnungswechsel ist der Geh. Staatspolizei, Staatspol. Leitstelle, Mchn (II N) lt. Erl. v. 25.11.38 mitzuteilen.“

Die Archivunterlagen der KZ-Gedenkstätte in Dachau nennen Jiru, wie gesagt, am 25.4.1933 zum erstenmal als Zugang. Ein Abgangsdatum ist nicht vermerkt. Zum zweitenmal als Zugang gemeldet wurde er am 12.1.1934, ohne Angabe woher. Ob er in der Zwischenzeit entlassen war oder anderswo gefangen gehalten wurde, wissen wir nicht.

Als nächstes ist das Entlassungsdatum 18.5.1938 angegeben. Dies wiederum lässt die Datierung des Fotos vom Hackensee (1937) fraglich erscheinen.

Zum letzten Mal als „Zugang von München“ wurde Jiru am 23.8.1944 in Dachau registriert. Dort grassierte ab Herbst 1944 eine Typhusepidemie, die aufgrund der fehlenden ärztlichen Versorgung, des katastrophalen körperlichen Zustands der Gefangenen und der unbeschreiblichen hygienischen Verhältnisse Tausende von Todesopfern forderte. Am 26. April 1945, drei Tage vor der Befreiung, starb auch Gebhard Jiru an der Seuche. Er war 36 Jahre alt.

„Jiru kam in das Massengrab auf dem Leitenberg, wo er identifiziert werden konnte. Die Grablege lautet Leitenberg, A-136-1063.“ (Information der KZ-Gedenkstätte)

Über Jirus Schicksal während der Haftzeit ist nichts bekannt. Nazi-Gegner wie Bertl Lörcher oder Adi Meislinger, der ebenfalls in der letzten Zeit vor der Befreiung in Dachau war, schätzten den kleinen, schwarzhaarigen Tschechen. In der DKP-Broschüre „Die wiedergefundene Liste – Porträts von Münchner Kommunistinnen und Kommunisten, die im antifaschistischen Kampf ihr Leben ließen“ heißt es, Genossen, die mit ihm inhaftiert waren, hätten berichtet, „daß er in Dachau einer von denen war, die sich bemüht hatten, das Los ihrer Mithäftlinge zu erleichtern, der eingebunden war in die Häftlingssolidarität“. ■

NS-Kriegsverbrecher statt deren Kritiker anklagen!

Solidarität mit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) und ihrem Bundessprecher Ulrich Sander!

Mit dem im Folgenden dokumentierten Schreiben ruft die VVN-BdA zur Solidarität auf zu dem bevorstehenden Prozess ihres Bundessprechers Ulrich Sander gegen den Kameradenkreis Gebirgstruppe e.V. Neben den Solidaritätsbekundungen ist auch eine breite Öffentlichkeit am Prozesstag selbst ist wichtig.

Die bewegende Zeugenaussage des einzigen Überlebenden eines NS-Kriegsbrechens an der italienischen Zivilbevölkerung 1944 in Falzano di Cortona vor der Strafkammer des Landgerichts München I am 7. Oktober 2008 war eine Gelegenheit, die verbrecherische Vergangenheit der faschistischen Wehrmacht und ihrer Gebirgstruppe authentisch nacherleben zu können. (Mehr dazu: http://www.stattweb.de/baseportal/NewsDetail&db=News&Id=3852)

Vor Gericht steht der Kompaniechef des Gebirgsjägerbataillons, Josef Scheungraber, der für das abscheuliche Verbrechen verantwortlich gemacht wird und dafür bereits im September 2006 vom Militärgerichtshof in La Spezia in Abwesenheit zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurde. Weil Deutsche zur Vollstreckung des italienischen Urteils nicht ohne ihre Zustimmung ausgeliefert werden, läuft der Mörder frei herum. Das Verfahren dauert noch an.

Der Traditionsverband eben jener Gebirgstruppe, in der der NS-Kriegsverbrecher Scheungraber führend tätig ist, der Kameradenkreis Gebirgstruppe e.V., in dem sich viele der an den Kriegsverbrechen in vielen Ländern Europas beteiligten Soldaten der Wehrmacht vereinigten, fordert von der VVN-BdA, sie solle ihn nicht in Verbindung mit der NS-Wehrmacht und ihren Kriegsverbrechern und Kriegsverbrechen nennen. Konkret ist der Soldatenverband als „(NS-)Gebirgsjäger“ und deren Treffen als „größtes Kriegsverbrechertreffen“ bezeichnet worden. Damit war nicht gemeint, dass alle Vereinsmitglieder der NS-Wehrmacht angehörten und Kriegsverbrecher waren. Über eine Klageschrift des Kameradenkreises, die eine Forderung nach Widerruf enthält, wird am

2. Dezember 2008, 11.00 Uhr

im Landgericht Nürnberg-Fürth verhandelt werden. Der Kameradenkreis Gebirgstruppe e.V. will der VVN-BdA verbieten, auf die schwer belastete Vergangenheit des Kameradenkreises aufmerksam zu machen. Andernfalls drohen 250.000 Euro Geldstrafe bzw. 6 Monate Haft (für den Verantwortlichen Ulrich Sander).

Bezeichnend ist, dass der Kameradenkreis nicht zu klagen wagt, wenn in der Verbandszeitschrift des Bundeswehrverbandes von den „Verbrechen von Führung und Truppe derselben Gebirgsjäger“ die Rede ist („Die Bundeswehr“ 4/08), wenn in der Süddeutschen Zeitung der e.V. als „Selbsthilfeverein für Kriegsverbrecher“ dargestellt wird und in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung an die durch die Gebirgstruppe vorgenommene „Räumung des jüdischen Ghettos als Voraussetzung für die Deportation seiner Bewohner in die Vernichtungslager“ erinnert wird.

Die Klage ist umso alarmierender als besagter Traditionsverband von höchsten Stellen der deutschen Regierung Unterstützung bekommt. Das deutsche Verteidigungsministerium ruft Jahr für Jahr mit zu den Treffen der Gebirgstruppe auf (übrigens im Gegensatz zum österreichischen Verteidigungsministerium, das den Soldaten die Teilnahme in Mittenwald untersagt). Das Verteidigungsministerium ist mit dem CSU-Staatssekretär Christian Schmidt in der Mitgliedschaft der Gebirgstruppe vertreten.

Wir bitten Sie bzw. Ihre Gruppe/Organisation, an die Öffentlichkeit zu gehen und auch das Gericht aufzufordern, die Klage des Kameradenkreises Gebirgstruppe e.V. nach Widerruf der Äußerungen des Bundessprechers der VVN-BdA abzuweisen und die Gerichtskosten dem Kameradenkreis zuzuweisen.

Wir bitten Sie außerdem, die Bundeskanzlerin als höchste Kommandoinstanz über die Bundeswehr aufzufordern, sich endlich vom Kameradenkreis Gebirgstruppe e.V. zu trennen.

Hier die Anschriften:
Landgericht Nürnberg-Fürth
Fürtherstraße 110, D 90429 Nürnberg
Kameradenkreis Gebirgstruppe e.V. ./. Ulrich Sander
Aktenzeichen Az 11 O 5587 / 08
Verhandlung 02.12.2008, 11.00 Uhr
Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
D 11044 Berlin
InternetPost@bundesregierung.de angela.merkel@bundestag.de
Kopien der Schreiben bitte an bundesbuero@vvn-bda.de

Solidaritäts-Initiative zur Erklärung der Bundessprecherinnen und Bundessprecher der VVN-BdA
http://www.vvn-bda.de/bund/aktuelles.php3?id=96 ■

Aktionsprogramm „Hier Geblieben! Für das ganze Bleiberecht!"

POTSDAM. Anlässlich des Tages der Kinderrechte veranstalten junge Flüchtlinge aus ganz Deutschland vom 19.-22.11.08 eine Gegenkonferenz zur Innenministerkonferenz in Potsdam.

Noch immer hat die BRD die UNO-Kinderrechtskonvention nicht vorbehaltlos ratifiziert! Und auch die erreichte Bleiberechtsregelung bleibt weit hinter den Erwartungen zurück. Mehr als 100.000 Menschen, darunter viele Kinder und Jugendliche, leben weiterhin als Menschen zweiter Klasse ohne Aufenthaltsrecht in Deutschland.

Deshalb fordern Jugendliche Ohne Grenzen e.V. (JOG e.V.) (http://jogspace.net) und das Aktionsprogramm Hier Geblieben! (http://www.hier.geblieben.net) einen sofortigen Abschiebestopp und die vollständige Anerkennung der UNO-Kinderrechte. Das Versprechen der Innenminister für eine umfassende Bleiberechtsregelung muss endlich eingelöst werden. Über 100 Organisationen und Einzelpersonen haben den Aufruf zur Demonstration (http://jogspace.net/geleiche-rechte-fuer-alle.html) unterzeichnet.

Ein wichtiger Programmpunkt neben der Demonstration ist die Wahl des Abschiebeministers 2008 während einer festlichen Gala mit Rahmenprogramm. Dabei wird auch eine prominente Jury eine besondere Initiative gegen Abschiebung auszeichnen. Und im Anschluss an die Demo spielt das GRIPS Theater das erfolgreiche Stück „Hier geblieben!" (http://www.grips-theater.de/repertoire/hiergeblieben_01.php)

Termine Potsdam

19.11.08, 19:00 Uhr Die Gala: Wahl des Abschiebeministers 2008. Malteser Treffpunkt Freizeit Am Neuen Garten 64, 14469 Potsdam, Eintritt frei
20.11.08, 17:00 Uhr Demo-Auftakt, Potsdam, Platz der Einheit (http://jogspace.net/geleiche-rechte-fuer-alle.html)
20:00 Uhr: GRIPS Theater spielt: „Hier geblieben!" im Schaufenster der FH Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 6, 4467 Potsdam, Eintritt frei
19. Konferenz der Jugendlichen Ohne Grenzen: **21.11.08,** Jugendherberge Potsdam Haus der Jugend

21.11.08 Abschlussparty der Gegenkonferenz zur IMK ab 19 Uhr im KuZe (studentisches Kulturzentrum), Herrmann-Elflein-Str. 10, 14467 Potsdam

Quelle: http://www.hier.geblieben.net - flucht@nds-fluerat.org ■

Ein Film über den Alltag von Flüchtlingskindern in Deutschland

Jährlich kommen einige hundert minderjährige Flüchtlinge ohne ihre Eltern nach Deutschland. Viele von ihnen haben in der Vergangenheit traumatische Erfahrungen gemacht. Doch der Weg zu dauerhaftem Schutz und Bleiberecht in Deutschland ist lang und steinig.

In dem Film „Leben im Zwischenraum" erzählen die beiden afghanischen Jugendlichen Ali und Saiffudin von ihrer Flucht und den Stationen, die sie nach ihrer Ankunft in Deutschland durchlaufen haben. Der Film macht deutlich, mit welchen Hindernissen und Unsicherheiten minderjährige Flüchtlinge in einer ihnen fremden Umgebung zu kämpfen haben und gibt gleichzeitig Anregung zur Auseinandersetzung mit dem Thema Kinderflüchtlinge.

Ein Film von Mischa Wilcke und Patrick Protz in Zusammenarbeit mit PRO ASYL, 2007, Spielzeit ca. 30 Minuten. Der Film ist für 8 Euro über Pro Asyl zu beziehen. www.proasyl.de ■

Oldenburger Polizei geht Asylbewerbern ans Portemonnaie

OLDENBURG. Die Oldenburger Polizei geht den ärmsten der Armen ans Geld. Nach einem Bericht der taz-Regionalausgabe Nord konfiszieren die Beamten bei Asylbewerbern sämtliches Bargeld über einem Betrag von 50 Euro. Die Behörden gehen davon aus, dass alle Summen illegalen Ursprungs seien, die über das monatliche Taschengeld von 40,90 Euro hinausgehen. Die krumme Summe stammt noch aus Zeiten der Umrechnung von D-Mark in Euro und ist seither nicht mehr erhöht worden. Die Flüchtlinge müssen nach der Konfiszierung nachweisen, dass sie das Geld rechtmäßig erworben haben. Die Polizei bestätigte die Vorwürfe und berief sich laut taz auf ein Amtshilfe-Ersuchen der Zentralen Ausländer- und Aufnahme-Behörde (ZAAB) bei Oldenburg.

Reinhold Kühnrich vom Arbeitskreis Asyl Oldenburg vermutete im Gespräch mit „junge Welt" angesichts der Beteiligung der Landesbehörde, dass Innenminister Uwe Schünemann (CDU) hinter der Aktion stecke. Der Law-and-Order-Politiker habe in Niedersachsen bereits Verhältnisse „wie in Bayern" geschaffen. Aktuell seien zwei Fälle von Bargeldkonfiszierungen bekannt geworden. Dass sich das Innenministerium durch seinen Sprecher auf das Asylbewerberleistungsgesetz und die darin enthaltene Taschengeldregelung beruft, findet Kühnrich schlicht „makaber". So habe auch der Arbeitskreis Asyl Bargeld an Asylbewerber ausgehändigt, um ihnen Integrationskurse zu ermöglichen.

Im Asylbewerberleistungsgesetz ist neben der Taschengeldregel auch eine Klausel enthalten, die es Flüchtlingen erlaubt, ein Viertel des Einkommens aus Erwerbstätigkeit für sich zu behalten. Nach der neuen Beschlagnahmepraxis können Asylbewerber nun daran gehindert werden, frei über ihren Arbeitslohn zu verfügen. Flüchtlingsaktivist Kühnrich hat bereits die Hilfsorganisation Pro Asyl eingeschaltet und will öffentlich über die Umstände aufklären. Kai Weber vom Flüchtlingsrat Niedersachsen schlos sich Kühnrichs Kritik an. Die Konfiszierungen „verhöhnten" die Asylbewerber.

Quelle: flucht@nds-fluerat.org - jw 27.10.08

Flüchtlingsrat schickt Landrätin Urlaubsschein

ERFURT/SAALFELD. Kaum ist sie aus ihrem Indien-Urlaub zurück, soll Landrätin Marion Philipp (SPD) schon wieder auf die Reise geschickt werden. Der Flüchtlingsrat Thüringen schickte ihr symbolisch einen Urlaubsschein, der sie zum Verlassen des Landkreises berechtigt, um sich in Suhl, Sangerhausen und Leverkusen anzusehen, wie man Flüchtlinge auf rechtlich zulässige Weise in Wohnungen statt im Heim unterbringt. Die „Urlaubsschein"-Aktion dürfte die Retourkutsche sein für die Tatsache, dass die Landrätin die Annahme des vom Flüchtlingsrat verliehenen Preises für „die größtmögliche Gemeinheit 2008" abgelehnt hat.

In dem Streit geht es um die Zustände in der Landesgemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber in Katzhütte, die im Frühjahr dieses Jahres zu Flüchtlingsprotesten geführt hatten. Während die Asylbewerber die Schließung des „Isolationslagers" und eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen fordern, lehnt der Landkreis dies ab. Ein Teil des ehemaligen Kinderferienlagers wurde inzwischen renoviert, mehrere Familien zogen in Wohnungen um.

Quelle: caravane-info@lists.idash.org - 24.10.2008 ■

Fahrlässige Gefährdung eines 16-Jährigen Roma

FRANKFURT. Am 9.10.08 gegen 20:15 Uhr wurde der an starkem Diabetes erkrankte lernbehinderte 16-jährige Michael S. von einer Sonderermittlungsgruppe der Polizei zu Hause festgenommen und in das Polizeipräsidium verbracht.

Die in der Familie tätige sozialpädagogische Familienhelferin des Förderverein

Roma, die bei diesem Vorfall zugegen war, wies die Polizisten ausdrücklich auf die Leiden und Entwicklungsstörungen des Jungen hin. Sie schilderte den Beamten darüber hinaus, dass die Schockwirkung der Festnahme zu einer Absenkung des Blutzuckerspiegels führt, welche eine erhebliche gesundheitliche Gefährdung darstellt. Ihr wurde zugesichert, dass die Überprüfung lediglich eine halbe Stunde dauern und der Jugendliche dann von der Polizei nach Hause gebracht werde. Michael wird drei Mal am Tag von einem Pflegedienst versorgt und musste am Abend mit den Helfern seine Werte untersuchen.

Der Jugendliche wurde jedoch erst gegen 21:15 aus dem Polizeipräsidium entlassen und nicht nach Hause begleitet, sondern schlicht auf die Straße gesetzt. Er war gezwungen, in der Dunkelheit mit öffentlichen Verkehrsmitteln vom Polizeipräsidium alleine zu seiner Wohnung in Frankfurt-Fechenheim zu fahren. Hierbei hätte sich – wie bereits vor drei Monaten – ein schwerwiegender Zusammenbruch des Jugendlichen ereignen können. Die nach dem Vorfall gemessenen Zuckerwerte des Jungen waren alarmierend niedrig.

Der Förderverein Roma e. V. protestiert gegen die Vorgehensweise seitens der Polizei, die wider besseres Wissens die erhebliche Gefährdung des Jugendlichen in Kauf genommen hat und behält sich rechtliche Schritte vor.

PM Förderverein Roma, 10.10.08 ■

Wohnungen für Flüchtlinge mit Bleiberecht

STUTTGART. Die Stadträtin der Linken – offene Liste hat den Antrag gestellt, dass die Flüchtlinge in der Unterkunft Niersteiner Straße in Weilimdorf Mietverträge mit der SWSG bekommen:

Die Flüchtlingsunterkunft Niersteiner Straße soll nach Beschluss des Gemeinderats in Kürze an die SWSG zurückgegeben werden. Derzeit leben dort noch 90 Personen, etwa die Hälfte davon haben das Bleiberecht. Darunter sind auch sehr große Familien und viele Kinder. Alle Bewohner wohnen dort schon lange Jahre, die Kinder sind dort aufgewachsen und alle Kinder gehen in Weilimdorf in die Schule. Sie werden betreut von einem sehr aktiven Kreis der Flüchtlingsfreunde. Insbesondere die Kinder profitieren durch die Hausaufgabenhilfe.

Ich erinnere daran, dass bei der Verschlechterung des Betreuungsschlüssels für Flüchtlinge im Sozialausschuss und mit der Verwaltung Einvernehmen bestand, dass für bleibeberechtigte Flüchtlinge normale Wohnungen bereitgestellt werden sollen, weil dieser Personenkreis auf dem freien Wohnungsmarkt nur sehr schwer zum Zuge kommt.

Ich beantrage:

● Die Stadtverwaltung verhandelt mit der SWSG darüber, dass die Flüchtlinge mit Bleiberecht in der Niersteiner Straße bleiben können und Mietverträge erhalten. Das gilt auch für die beiden Wohnungen im Erdgeschoss, die derzeit als Büro und Versammlungsraum genutzt werden.

● Die Stadtverwaltung unterstützt den ehrenamtlich tätigen Flüchtlingsfreundeskreis bei der Weiterführung der Hausaufgabenhilfe für die Flüchtlingskinder. Insbesondere unterstützt sie den Flüchtlingsfreundeskreis bei der Suche nach einem geeigneten kostenfrei zu nutzenden Raum im Stadtteil.

● Die Stadtverwaltung unterstützt die jetzige Heimleiterin der Flüchtlingsunterkunft in der Niersteiner Straße bei der Suche nach einem geeigneten Arbeitsplatz in Weilimdorf, damit sie nicht in die Arbeitslosigkeit entlassen wird.

Ulrike Küstler ■

Migrationspolitisches Hearing am 29. Oktober im Kieler Landeshaus:

Opposition fordert konkrete Hilfestrukturen für Kinderflüchtlinge Innenministerium erklärt Änderungsbereitschaft bei Residenzpflicht und landeszentraler Flüchtlingsunterbringung

SCHLESWIG-HOLSTEIN. Die Landtagsabgeordneten Angelika Birk (Bündnis 90/Die Grünen) und Anke Spoorendonk (SSW) kündigten am Mittwoch in Kiel eine gemeinsame parlamentarische Initiative aller Oppositionsfraktionen für ein Clearingverfahren für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge in Schleswig-Holstein an. Der lifeline-Vormundschaftsverein und zahlreiche weitere in der Flüchtlingshilfe engagierte Verbände hatten zuvor die prekäre Lage von Kinderflüchtlingen im Bundesland beklagt, die aktuelle Verwaltungspraxis der zuständigen Jugendämter kritisiert und eine bislang fehlende Clearingstelle für jugendliche Flüchtlinge angemahnt.

Der Flüchtlingsrat und andere MigrantInnenorganisationen kritisierten die Praxis zur landeszentralen Wohnverpflichtung von Flüchtlingen in Kasernen in Lübeck und Neumünster und die integrationsfeindliche sog. Residenzpflicht, die Flüchtlingen regelmäßig ein Verlassen des zugewiesenen Kreises oder der kreisfreien Stadt verbietet. Der Vertreter des Innenministeriums Norbert Scharbach erklärte hierzu, dass bei Zustimmung der Kommunen, einer Ausweitung der Residenzpflicht auf das gesamte Gebiet des Bundeslandes seitens seiner Behörde nichts entgegen stünde. Gleiches gelte prinzipiell auch bzgl. der Forderung nach regelmäßiger Verteilung der Flüchtlinge in Kreisen und Gemeinden als Alternative zur kritisierten zentralen Unterbringung.

Dass die Residenzpflicht abgeschafft werden sollte, sei unstrittig, erklärte der Abgeordnete Klaus-Peter Puls für die SPD-Fraktion und begrüßte die Ankündigung des Innenministeriums hierzu mit den Kommunen das Gespräch aufzunehmen.

Der Abgeordnete Günter Hildebrand (FDP) forderte kategorisch eine Öffnung



www.arbeiterfotografie.com

des Arbeitsmarktes für alle Flüchtlinge. Dies diene der Entlastung der Sozialkassen, wirke gegen gesellschaftliche Stigmatisierung und sei ein überfälliger Beitrag zur Integration.

MdL Wilfried Wengler (CDU) erklärte, bei dem Hearing viele Anregungen für künftige politische Gespräche erhalten zu haben. Insbesondere erscheine ihm die Nichteinstellungspraxis von zugewanderten LehrerInnen als bildungspolitische Ressourcenverschwendung.

Zu der ganztägigen flüchtlings- und migrationspolitischen Zwischenbilanz in Form einer öffentlichen Anhörung hatten der Flüchtlingsrat und der Landeszuwanderungsbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung am Mittwoch erstmals 15 Fachleute aus Organisationen und Verbänden sowie VertreterInnen aller relevanten obersten Landesbehörden und Landtagsabgeordnete aller Fraktionen ins Kieler Landeshaus eingeladen.

Die Veranstalter kündigten eine Gesamtdokumentation des Hearings an. Der stellvertretende Landeszuwanderungsbeauftragte Torsten Döhring erklärte, die Veranstaltung sei als Auftakt zu verstehen für weitere, im kommenden Bundestags-, Landtags- und Europa-Wahljahr stattfindende Lobbygespräche mit den zuständigen Landesbehörden und politischen Fraktionen.

gez. Martin Link, Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.
Presseerklärung Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein Kiel, 30. Oktober 2008 ■

Neonazis stürmen Roma-Viertel in Nordböhmen

Die Stadt Litvinov, deutsch auch Oberleutensdorf, liegt am Fuße des böhmischen Teils des Erz-gebirges. Am 18. Oktober dieses Jahres lädt ein sonniger Samstag mit für diese Jahreszeit ungewöhnlich warmen Temperaturen zu Spaziergängen und Familienausflügen in die Natur ein. Nur der mitunter einsetzende kühle Wind von den Bergen und die bunte Farbenpracht des umliegenden Waldes deutet an, dass der Herbst schon lange angebrochen ist.

Für diesen Tag, an dem landesweit die Wahlen zum Bezirksparlament stattfinden, hat die tschechische neonazistische „Arbeiterpartei" (Delnická strana) auf ihrer Webseite republikweit zur Teilnahme an einer Wahlkampfveranstaltung mitten in der Stadt aufgerufen. Anschließend wolle sie den etwa drei Kilometer vom Stadtzentrum entfernten „Zigeuner"-Stadtteil Janov aufsuchen und dort für Ruhe und Ordnung sorgen.

Wie das Rathaus der Stadt den Medien mitteilt, ist jedoch kein Antrag auf eine offizielle Geneh-migung der Veranstaltung eingegangen. Laut Arbeiterpartei ist der das einerlei: die geplante Demonstration würde ohnehin verboten werden.

Die Leitung der Polizei des Bezirks ist sich offenbar über die Anzahl der anreisenden Extremisten im Klaren und zieht etwa fünfhundert Einsatzkräfte zusammen, darunter berittene Polizei und schwer bewaffnete Bereitschaftspolizei. Wie sich später herausstellen sollte, stellt die Polizei schon am Morgen bei Kontrollen auf den Zufahrtswegen in Wagen der anreisenden Neonazis Messer, Gaspistolen und Schlagringe sicher.

Trotz diesem auf beträchtliche Gefahren hindeutenden Informationsstand können sich am Vormittag etwa 150 Demonstranten auf dem Litvinover Bahnhof versammeln, anwesende Journalisten mit Fußtritten zu verstehen geben, wie erwünscht ihre Arbeit hier ist, und sich in Ruhe formieren. Ohne Personenkontrolle, doch mit Polizeischutz zieht der fast komplett in schwarz gekleidete Mob, angeführt von Schildträgern, stadteinwärts. An einer Kreuzung schließt sich eine weitere Gruppe von 50 Demonstranten an, die auf jeden Fall nicht auf Waffenbesitz hin untersucht worden ist.

Wie geplant, gelangt der Zug unter dem Applaus von den Weg säumenden Bürgern in die Stadtmitte. Die von faschistischer Propaganda bestimmte Kundgebung auf dem historischen Marktplatz von Litvinov geht ohne Proteste vonstatten und die Redner rufen die mittlerweile auf 250 Teilnehmer angewachsene Kampftruppe sowie die umstehenden Neugierigen, darunter auch Mütter mit Kinderwägen, öffentlich zum Sturm der mehrheitlich von Roma bewohnten Siedlung auf.

Erst nach Beendigung der Kundgebung ergreift der Bürgermeister der Stadt mit einem kleinen Megaphon das Wort, um die Auflösung der nicht angemeldeten Veranstaltung zu verkünden. Seine Worte gehen im Gebrüll der Teilnehmer unter und so kann er auch die anwesenden Bürger der Stadt nicht vor dem bevorstehenden Polizeieinsatz warnen. Als die Neonazis sich anschicken, ihren Plan umzusetzen, versucht die Bereitschaftspolizei sie von beiden Seiten einzukesseln. Die ersten Pflastersteine fliegen, Kanonenschläge und Leuchtbomben landen im Polizeikordon, die Polizei setzt Schlagstöcke und Rauchbomben ein, doch nicht nur gegen Neonazis, sondern auch gegen Schaulustige, die in nun panischer Flucht versuchen, den Platz zu verlassen.

Trotz des Einsatzes von massiven Polizeikräften entgehen die Neonazis fast komplett dem Zugriff der Polizei. Die Einheiten der Polizei werden hastig in die Umgebung der bedrohten Siedlung verlegt, die Zugangsstraßen zur Siedlung gesperrt und das Mobiltelefonnetz stadtweit zeitweise lahm gelegt. Es folgt eine Hetzjagd durch die Straßen der Stadt, bei der die Polizei erneut den Kürzeren zieht.

Auf Schleichwegen und mit Hilfe Ortsansässiger gelangen die paramilitärisch agierenden Neonazis mitten in die Plattenbausiedlung und nähern sich auf ganze hundert Meter dem Ort, an dem sie etwa 150 Väter und Großväter aus den Reihen der im Kreis lebenden Roma in höchster Aufregung erwarten, bewaffnet mit Ästen, Axtstielen und Kampfmessern, um die Sicherheit der ansässigen Familien zu gewährleisten, als die Polizei die Angreifer endlich aufhalten kann.

Den in der Siedlung ansässigen Frauen und Kindern hat die Polizei noch am Morgen Ausgangssperre befohlen. In panischer Angst werden sie nun stundenlang Zeugen eines chaotischen Einsatzes von donnernden Kanonenschlägen, explodierenden Rauchbomben, Wasserwerfern und Schlagstöcken. Direkt unter ihren Fenstern liefern sich etwa 200 Halbstarke mit anfangs zahlenmäßig deutlich unterlegenen Polizeikräften ein wüstes Gefecht.

Erst spät gelingt es der Polizei, die aus Müllcontainern errichteten Barrikaden der Randalierer zu überwinden, den mordlustigen Mob aus der Siedlung zu verdrängen und zu Fuß zurück zum Bahnhof der Stadt zu treiben. Doch auch da findet keinerlei Personenkontrolle statt, die Gewalttäter können die Stadt unbehelligt verlassen.

In den folgenden Tagen werden zwei Männer beschuldigt, der eine wegen Landfriedensbruch, der andere, weil er einen Polizisten mit einem Pflasterstein verletzt hat. Die Ermittlungen dauern an.

Der massive Einsatz von Polizeikräften in der Siedlung hatte die anwesende Bürgerwehr der Roma zwar am Samstag noch zum Applaus veranlasst. Doch im Nachhinein wird den Bewohnern der Siedlung klar, dass wenn die Neonazis das nächste Mal und diesmal unangekündigt die Siedlung überfallen werden, jeder Polizeieinsatz mit Sicherheit zu spät kommen wird.

Für die Polizeileitung war die Aktion eine willkommene Vorbereitung auf die langfristig geplanten deutsch-tschechischen Polizeiübungen für den Kampf gegen Radikale, die eine Woche später im nahe gelegenen Tisá stattfinden sollten. Was sie nicht verhindern konnte and offenbar auch nie vorhatte, war, dass ein beträchtlicher Teil der Stadtbevölkerung fortan unter permanenter großer Angst vor einer baldigen und bereits angedrohten Rückkehr der Neonazis lebt.

Mittlerweile haben verschiedene Bürgerrechtsorganisationen und Roma-Verbände den Polizeieinsatz scharf kritisiert und persönliche Konsequenzen in der Leitungsetage der Polizei gefordert. Eine Gruppe von regionalen Roma-Organisationen hat mittellose Roma aufgefordert, Bürgerwehren zu organisieren, und finanzkräftigen Roma geraten zu emigrieren. Der Bürgermeister und die Bezirksleitung der Polizei lehnen die Vorwürfe ab und heben den mutigen Einsatz der Beamten hervor.

Die Regierung des Landes widmet dem Geschehen in der nordböhmischen Kleinstadt bislang keinerlei Aufmerksamkeit. Vielleicht auch darum, weil ein Kandidat der stärksten Regierungspartei ODS kurz vor der Auseinandersetzung im Rahmen seines Wahlkampfes für den Posten des Bezirkshauptmanns ein Billboard in Janov mit der Aufschrift anbrachte: Gadsche, malocht, damit's uns besser gehen wird!

Doch auch derartige Anbiederungen bei rechtsextremen Wählern haben nicht verhindern können, dass die erwähnte Arbeiterpartei bei den Bezirkswahlen zur stärksten außerparlamentarischen Kraft republikweit geworden ist, am Tag, der in die Geschichte der Bewegung wohl zum Tag der Erstürmung von Janov eingehen wird.

Weitere Informationen im Internet unter: http://litvinovjanov.blog.cz/ http://protestinfo.wordpress.com/ Quelle: Quelle: N e v i p e - Rundbrief des Rom e.V. Nr.27 (Okt. 2008) ■

Rapper Afro Hesse ist frei, aber ohne sicheren Aufenthaltsstatus

Berlin. Die letzten 5 Jahre lebte Afro Hesse ohne Papiere in Deutschland. Er hat diese Situation jedoch nie akzeptiert. Er ist mit dem Thema seiner „Illegalisierung" durch die deutschen Ausländerbehörden über seine Musik an die Öffentlichkeit gegangen. Damit spricht er für 500.000 bis 1.500.000 Menschen ohne Papiere, deren fundamentale Menschenrechte in Deutschland systematisch missachtet werden. Wie Afro Hesse werden viele Menschen zu „Illegalen" gemacht, weil ihr Visum ausläuft, ein Aufenthaltstitel verweigert wird etc.

Für die erzwungene Zeit im Abschiebeknast soll Afro Hesse jetzt auch noch über 1.000 Euro bezahlen. Außerdem will die Ausländerbehörde ihn zwingen, nach Algerien auszureisen. Er ist verlobt, aber selbst die Eheschließung will die Behörde nicht abwarten. Von Algerien aus soll er seine Wiedereinreise betreiben. Das sind weitere Schikanen für Afro Hesse und wir zeigen volle Solidarität. Wir fordern: Papiere für alle! Kein Mensch ist illegal!

Zum Hintergrund: Vom 2. August bis 16.Oktober 2008 saß der Darmstädter Rapper Afro Hesse in Berlin im Gefängnis. Zunächst war er in Moabit in Untersuchungshaft. Am 25. September 2008 wurde er wegen „illegalen Aufenthalts" seit 2003 zu einem halben Jahr Gefängnis auf Bewährung verurteilt und direkt in den Abschiebeknast Berlin Köpenick verlegt. Festgenommen wurde er wegen eines kleineren Delikts, das im Normalfall überschaubare Konsequenzen gehabt hätte und für das auch Afro Hesse vor Gericht freigesprochen wurde. Die weiteren Auswirkungen für Afro Hesse waren jedoch andere: Er besitzt keinen deutschen Pass und war, weil er keine Papiere hatte, offiziell ohne festen Wohnsitz. Deshalb kam er zunächst in Untersuchungshaft und dann in den Abschiebeknast. Am Donnerstag, 16. Oktober wurde er aus der Abschiebehaft entlassen. Zurzeit hat er eine einwöchige Duldung mit Residenzpflichtauflage. Sein Aufenthalt ist damit völlig ungesichert.

Der aus Algerien stammende Musiker floh mit seiner Familie als Kind vor dem Bürgerkrieg nach Deutschland und besuchte in Darmstadt die Schule. Nachdem er 13 Jahre mit seiner Familie in Deutschland gelebt hatte, wurde seine Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert, sein Pass eingezogen und seine Abschiebung angekündigt, in ein Land, zu dem er schon lange keinen Bezug mehr hat. Mehrere Asylanträge wurden von der Darmstädter Ausländerbehörde abgelehnt, woraufhin er keine andere Alternative mehr sah, als unterzutauchen. Es folgten fünf Jahre illegalisierten Aufenthalts in Deutschland, in denen sich Afro Hesse trotz aller Schwierigkeiten weiter der Musik widmete und zwei Alben veröffentlichte. „Der verschollene Immigrant" und „Mehr als Musik" setzen sich intensiv mit dem Leben als Papierloser in Deutschland auseinander und auch in diversen Fernseh- und Zeitungsbeiträgen nahm Afro Hesse Stellung zu seiner Situation als „verschollener Immigrant".

Ohne festen Wohnsitz, Krankenversicherung, die Möglichkeit einer Anstellung und somit finanzieller Sicherheit, teilt er das Schicksal von bis zu 1,5 Millionen Menschen in Deutschland, die von der Bürokratie als „illegal" bezeichnet werden und ohne Papiere schutz- und rechtlos sind.

Quelle: freeafro@riseup.net - http://afro-hesse.de ■

:neuerscheinungen, ankündigungen

Veranstaltungsreihe Schimmelmann >pp. Hamburg entfernt ein Kolonialdenkmal

Lesungen · Vorträge · Kurzfilme: Sklavenhandel, Kolonialgeschichte und zeitgenössische Gedenkkultur in Hamburg und anderswo aus der Sicht der Künste und Kulturwissenschaften.

Freitag 28.11.08 19.30 h
Samstag 29.11.08 14.30 - 19.30 h
Sonntag 30.11.08 14.00 - 18.30 h
FRISE Künstlerhaus | Abbildungszentrum, Arnoldstr. 26-30, Hamburg-Altona
Eintritt frei
Infos: http://www.wandsbektransformance.de/aktuelles.html

Hamburg betreibt eine skurrile Gedenkkultur. Neue Straßen in der Hafencity werden nach Welteroberern benannt. Gleich nebenan wird ein Museum für Maritimes und Militaria eröffnet. Im sog. ‚Tansania-Park' ein Nazimonument für koloniale ‚Treue' fein restauriert und aufgestellt. Und zu Ehren eines Sklavenhändlers eine Bronzebüste errichtet. Ist es ein Zufall? Während andere europäische Metropolen die koloniale Vergangenheit inzwischen kritisch kontextualisieren, pflegt Hamburg als selbsternanntes ‚Tor zur Welt' scheinbar ungebrochen seine kolonialen Traditionen.

Das 2006 in Wandsbeks Zentrum von Amts wegen neu aufgestellte Denkmal für einen der größten Sklavenhändler des 18. Jahrhunderts, Heinrich Carl von Schimmelmann, war in einer public-private-partnership ein Geschenk der Firma Imtech. Der Bronzekopf hat zu heftigen Protesten und einer kontroversen Debatte geführt. Besorgte StadtteilbewohnerInnen, NGOs und die Black Community Hamburg haben ihre Stimme gegen die koloniale Büste erhoben. KünstlerInnen intervenierten mit dem Projekt ‘wandsbektransformance’ (http://www.wandsbektransformance. de) vor Ort. In der bundesweiten und internationalen Presse geriet das Schimmelmann-Abbild in die Negativschlagzeilen. Die Skulptur wurde wiederholt mit roter Farbe übergossen.



Doch die regierende Bezirks-CDU hielt hartnäckig am Denkmal fest. Erst in der Bezirksversammlung im Juli d.J. wurde beschlossen, die umstrittene Büste Anfang Oktober endgültig aus dem Stadtraum zu entfernen. Und plötzlich war der Bronze-Kopf in der Sommerpause verschwunden, der Verbleib nicht herauszufinden.

Sollte die mit obrigkeitlichem Gestus erfolgte Installation der Büste einen Sklavenhändler zur imageträchtigen Heimatfigur stilisieren, so sollte die klammheimliche Demontage nun offenbar eine angemessene Dokumentation dieses merkwürdigen Vorgangs verhindern. Forcierte Mythisierung und Verdrängung liegen nahe beieinander. In der Geschichte kolonialer Denkmalsetzungen gibt es wohl kein zweites Kolonialdenkmal, das – gerade errichtet – nach kaum mehr als

zwei Jahren auf öffentlichen Druck hin amtlich wieder abgebaut wird. Aus der Büste wird somit ein Zeitdokument, das es zu beleuchten gilt. Was bedeuten die Proteste, wie wirken sie auf öffentliche Bewusstwerdung? Wo ist die abgelegte Büste geblieben, wo kann sie kontextualisiert unterkommen? Welche Gedenkkultur brauchen wir?

Die Veranstaltungsreihe Schimmelmann > pp. Hamburg entfernt ein Kolonialdenkmal geht den Spuren der örtlichen kolonialen Mythen und der Denkmalerrichtung nach und fragt nach dem Grad der Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Mit Lesungen, Vorträgen und Kurzfilmen stellt sie historische Bezüge her und präsentiert beteiligungsorientierte künstlerische Strategien. Sie spürt ferner der Frage nach, wie künftig eine postkoloniale Gedenkkultur aussehen kann und stellt Ideen und Konzepte für das Modellprojekt eines park postkolonial vor. Diskussion und Debatte erwünscht!

Veranstalter: wandsbektransformance in Zusammenarbeit mit CulturCooperation e.V. und FRISE Künstlerhaus Hamburg ■

Neuerscheinungen zur deutschen Kolonialgeschichte

Nachdem die deutsche Kolonialpolitik zum hundertsten Jahrestag des Aufstandes der Nama und Herero breit thematisiert wurde, ist es um dieses Thema rasch wieder still geworden. Publikationen abseits des medialen Interesses erscheinen aber weiterhin. Conrads „Deutsche Kolonialgeschichte“ bleibt etwas zu sehr in der modernen Diskursgeschichtsschreibung und wird dadurch zu wenig konkret. Sie bietet aber einen verlässlichen Einstieg ins Thema. Zurstrassens Fragestellung nach der Funktionsweise des in Togo tätigen Beamtenapparats mutet angesichts deutscher Kolonialverbrechen zunächst seltsam an, ermöglicht jedoch aufschlussreiche Einblicke in die Gedankenwelt der Kolonialbeamten.

Der Kolonialismus hat Auswirkungen bis auf den heutigen Tag, so bei der scharfen Trennung von Hutu und Tutsi im späteren Ruanda, wo „der koloniale Staat ... kulturelle und ethnische Differenzen (reproduzierte), wenn er sie nicht geradezu schuf“ (Conrad) – mit den katatrophalen Folgen von 1994. Auch der Nationalsozialismus entstand nicht im luftleeren Raum, sondern die „Entgrenzung der Gewalt“ (Conrad) wirkte in der deutschen Gesellschaft weiter. Robert Koch führte in Ostafrika medizinische Versuche an Menschen mit einer hohen Sterberate durch – im „Reich“ war dies verboten.

In Deutschland galt Togo als „Musterkolonie“, seit sie keine Reichszuschüsse mehr benötigte. Für die Unterworfenen war sie allerdings eine Prügelkolonie. Die angemaßte Strafgewalt wurde durch ein Denken legitimiert, das die Afrikaner nicht als ebenbürtige Menschen sah, sondern als „halb Kinder, halb Narren, halb Wilde“ (Bernhard Dernburg, Leiter des Reichskolonialamtes). Beispielhaft für diese Einstellung steht der Versuch, ein „Kolonialdeutsch“ mit reduziertem Vokabular für Afrikaner zu entwickeln.

Für die Kolonialherren war ihr Recht, Prügelstrafen zu verhängen, Ausdruck ihres gesellschaftlichen Status. Die rassistische Überhebung kommt in folgenden Zeilen eines Kolonialbeamten sehr deutlich zum Vorschein: „Und es war ein directer Umschwung in meiner Expedition und in der Moral und Organisation meiner Leute, als ich, nachdem mir die Disziplinargewalt übertragen war, das erste Mal einen Jungen ordentlich durchbläuen liess. (...) Nachdem die Leute aber am bewußten Körperteil eines ihrer Mitglieder die Überlegenheit des Expeditionschefs kennen gelernt hatten, achteten und liebten sie mich viel mehr.“

Man war bemüht, eine „‚deutsche Kultur‘ im strengen Kontrast zur ‚afrikanischen Kultur‘“ zu leben. Die Attribute, die man einer deutschen Kultur zusprach, waren Kaiser- und Nationaltreue, „deutsche Tugenden“ wie Zuverlässigkeit, Ehrlichkeit und Fleiß, aber auch eine hohe Alkoholverträglichkeit. Und man versuchte, sich wie daheim einzurichten: „Die Station Misahöhe (...) glich einem thüringischen Gebirgsdorf. Der Ostpreuße von Doering errichtete eine Station, die architektonisch einem ostpreußischen Herrenhof ähnelte.“ (Zurstrassen) Höhere Beamte konnten sich weiteren „Ruhm“ verschaffen, indem sie Flüsse, Straßen und Stationen nach sich benennen ließen. Ruhm wurde auch im (ungleichen) Kampf gesucht: „Wird es wieder zu Feindseligkeiten kommen? Ich bin doch zu sehr Soldat, als daß ich das nicht hoffe, und kriegerischer Ruhm reizt mich denn doch bei weitem mehr als anderer.“ (Tagebucheintrag eines Offiziers)

Die deutschen Kolonien blieben wirtschaftlich irrelevant, und so dienten sie vorwiegend dem Prestige des Kaiserreichs mit Weltmachtambitionen – aber auch dem der karriereorientierten Kolonialbeamten vor Ort. *F* ■

Sebastian Conrad: Deutsche Kolonialgeschichte, Vlg. C.H. Beck, München 2008, 128 S., 7,90 Euro

Bettina Zurstrassen: „Ein Stück deutscher Erde schaffen“. Koloniale Beamte in Togo 1884-1914, Campus Forschung, Frankfurt/M. 2008, 295 S., 32,90 Euro

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Spendenkampagne für die Antifaschistischen Nachrichten 2000 Euro bis Jahresende!

1060,- Euro sind bisher eingetroffen, wir hoffen auf Eure Unterstützung

Spendenkonto:
GNN-Verlag,
Postbank Köln,
BLZ 370 100 50
KtoNr. 10419507

Hans-Olaf Henkel in der Jungen Freiheit

Junge Freiheit Nr. 43/08 vom 17.10.2008

Der frühere Präsident des BDI und jetzige Vorsitzende des Konvents für Deutschland, Hans Olaf Henkel, kommentiert die Finanzmarktkrise im Blatt: „Versagt hat aber nicht der Markt, versagt haben Institutionen und Personen. In Deutschland wurden die größten Fehler von staatlichen Landesbanken gemacht. Verantwortlich sind hier nicht die hoch bezahlten Bankmanager, die nun überall kritisiert werden, sondern schlecht bezahlte Politiker. Dass trotzdem wieder neue Formen des Sozialismus propagiert werden, ist absurd. Es gibt kein besseres System als die Marktwirtschaft, wenn wir das Ziel verfolgen, das Streben nach Glück und Wohlstand in produktive Bahnen zu lenken.“ Und die Ergebnisse dieser „produktiven Bahnen“ dann in den Taschen der Eigentümer verschwinden zu lassen, könnte man fortsetzen.

Der Konvent für Deutschland hat sich die „Reform der Reformfähigkeit“ zum Ziel gesetzt, dem Kuratorium gehören u.a. Vertreter der Fraport AG, der Bank of America, der TUI AG, Frankfurter Societätsdruckerei GmbH, der Deutschen Bank, der RWE, Continental und Porsche an. Gesponsort wurde der Verein auch schon von der WestLB.

Polemik gegen soziale Gerechtigkeit

Junge Freiheit Nr. 44/08 vom 24.10.2008

Peter Kuntze, ehemaliger Redakteur der Süddeutschen Zeitung, polemisiert gegen das Streben nach sozialer Gerechtigkeit und ficht für den Grundsatz „Jedem das Seine“. Wie manches mal in diesem Blatt rechnet oder hofft der Autor auf den gewaltsamen Aufstand, der der Elite wieder Platz schaffen soll: „Es bedarf somit keiner großen Prophetengabe, um vorauszusagen, dass Bundeskanzlerin Merkel spätestens im Jahr 2013 ihr Amt an Andrea Nahles wird abtreten müssen. Diese würde dann eine rot-rote oder rot-rot-grüne Koalition leiten, die Deutschland endgültig auf die abschüssige Bahn führen wird. Im Verlauf dieser Entwicklung könnte eines Tages, in Abwandlung des berühmten Satzes von Clausewitz, ein Bürgerkrieg die Fortsetzung der Innenpolitik mit anderen Mitteln sein. Dann wird sich einmal mehr bewahrheiten, was Linke und Liberale in ihrem unverdrossenen Fortschrittsoptimismus nicht zur Kenntnis nehmen wollen und Louis Vicomte de Bonald, der einflussreiche Denker der französischen Gegenaufklärung vor rund 200 Jahren in Worte kleidete: „Alle Menschen sind Brüder – wie Kain und Abel.“

Kriegsträume

Junge Freiheit Nr. 45/08 vom 31.10.2008

Das Blatt erörtert mögliche Folgen der Finanzmarktkrise – Dirk Bavendamm behauptet, die Ära Roosevelt gehe erst jetzt zu Ende und damit auch die Führungskraft der USA als Weltmacht. Da wittert er Morgenluft und hofft: „Deutschland wird unter den Bedingungen der Multipolarität, die sich in der Welt abzeichnen, außenpolitisch einen größeren Bewegungsspielraum gewinnen. Zwischen Amerika, Russland und China wird es mit seinen europäischen Nachbarn auch bewusstseinsmäßig wieder in seine alte geostrategische Mittellage einrücken. Und damit wird die wertkonservative Orientierung, die wir dieser Lage verdanken, trotz des hysterischen Dauerkampfes der Linken ‚gegen Rechts‘ über kurz oder lang wieder an Bedeutung gewinnen.“ Wie aus einer geografischen Lage eine konservative Orientierung der Gesellschaft entsteht, bleibt das Geheimnis des Autors. Was er dem Leser nicht mitteilt, ist die Tatsache, dass die geostrategische Mittellage zur Begründung zweier Weltkriege herhalten musste – die Mittellage sollte überwunden werden durch großdeutsche Reiche.

uld ■

Neues Outfit – alte Inhalte

Nationalzeitung 43-45/2008

Seit der Ausgabe 43 erscheint das Blatt in neuer Aufmachung. Allein das Aussehen der NaZe signalisierte ja bisher schon: Wir stehen weit rechts und wollen auch so wahrgenommen werden, das Layout war irgendwo in Krieg und Nachkrieg stecken geblieben. Jetzt also Schluss mit unterstrichenen Überschriften, Frakturschriften und schlecht bearbeiteten Fotos. Das Ganze sei ein Ergebnis der Leserumfrage, heißt es. „Treu bleiben“ aber wolle man der Linie „Wahrheit, Freiheit, Vaterland“, verspricht Dr. Frey und kündigt „mehr Themen und mehr Tiefe“ durch zusätzliche vier Seiten an. Die werden aber wohl auch für die größere Schrift und mehr Weißraum gebraucht. Und nach wie vor für den erheblichen Anteil an Eigenwerbung für den hauseigenen Buchdienst und seine diversen Produkte, oft auch in redaktionell aufgemachten Artikeln versteckt. Es gibt jetzt betitelte Seiten mit den einfallsreichen Rubriken Wirtschaft, Hintergrund, Überfremdung, Ausland, Dritte Seite, Letzte Seite – da weiß doch gleich jede/r, wo's langgeht. Nicht zur Disposition habe das Eiserne Kreuz im Zeitungskopf gestanden, das schon die erste Ausgabe des Blattes im Jahr 1951 zierte. Man wolle weiter „Sprachrohr“ bleiben für alle, „denen Deutschland und die Deutschen viel bedeuten“. Soweit zu den neuen Inhalten.

Deutsche Stimme Okt. 2008

„Deutschland droht die größte Wirtschaftskrise seit den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts – die etablierten Politiker wissen trotzdem, wie sie das Geld zum Fenster rausschmeißen können“, schreibt das Blatt und kritisiert damit die Forderung aus einigen Bundestagsfraktionen nach Einsetzung eines Bundesbeauftragten zur Bekämpfung des Antisemitismus, der jährliche Berichte zum Antisemitismus in Deutschland herausgeben und zivilgesellschaftliche Akteure gegen Antisemitismus vernetzen soll. „Kampf gegen Windmühlenflügel“ vereinige, so der DS-Kommentar und da passt dann auch gleich die zweite Sache dazu, die den Unmut des Blattes erregt: Die bundesweite Mobilisierung gegen den jährlichen Trauermarsch in Dresden, der sich in den letzten Jahren zu einem Treffen extrem Rechter aller Schattierungen entwickelt hat. Selbst Altbundespräsident Richard von Weizsäcker rufe mit zu Verhinderungsaktionen auf, empört sich das Blatt. Eine Initiative, die aus antifaschistischer Sicht nur zu begrüßen ist. (Infos unter www.gehdenken.de)

u.b. ■